

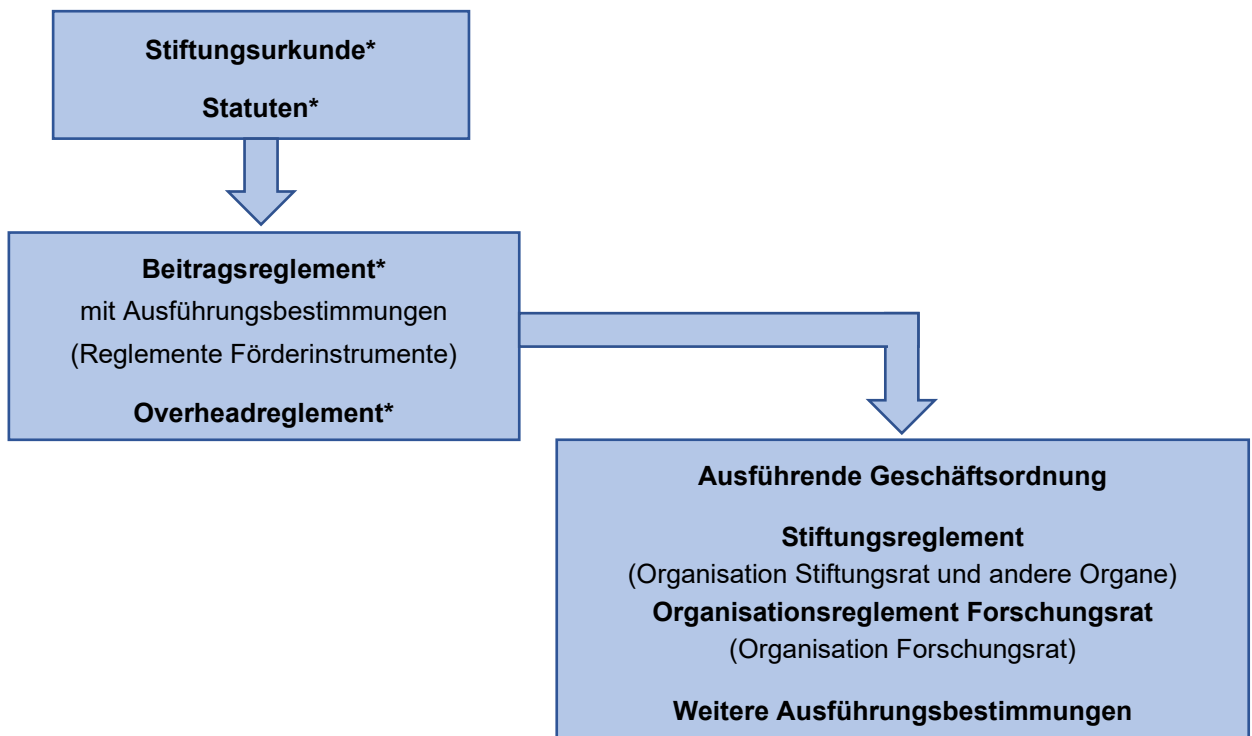


Kommentar zur Totalrevision der Statuten SNF

Einleitung zur Totalrevision der Statuten des SNF

Die Statuten des SNF stellen die «Verfassung» des SNF dar. Das Regelungskonzept für den SNF beinhaltet sodann Ausführungsbestimmungen für die Organisation (Organe) und das Beitragsverfahren (auf den Grundlagen des Verwaltungs- und Verfahrensrechts, insbes. FIG¹, VwVG²). Die Statuten unterliegen der Genehmigung durch den Bundesrat; ebenso die Reglemente, die Aufgaben regeln, für die Bundesmittel verwendet werden. Ausführungsbestimmungen von beschränkter Tragweite zu den Statuten und Reglementen werden durch untergeordnete Organe erlassen und unterliegen keiner Genehmigungspflicht (Art. 9 Abs. 3 FIG).

*Genehmigung durch den Bundesrat



Gemäss Auftrag des Stiftungsrats soll die Organisation in den Statuten flexibel und schlank ausgestaltet werden, damit der SNF agil und rasch auf Entwicklungen im Bereich von Wissenschaft und Forschung, aber auch auf Aufträge seitens Bund reagieren kann. Eine Statutengrundlage, welche die Handlungsfähigkeit des SNF in Governance und Organisation mindestens für die kommende

¹ SR 420.1

² SR 172.021

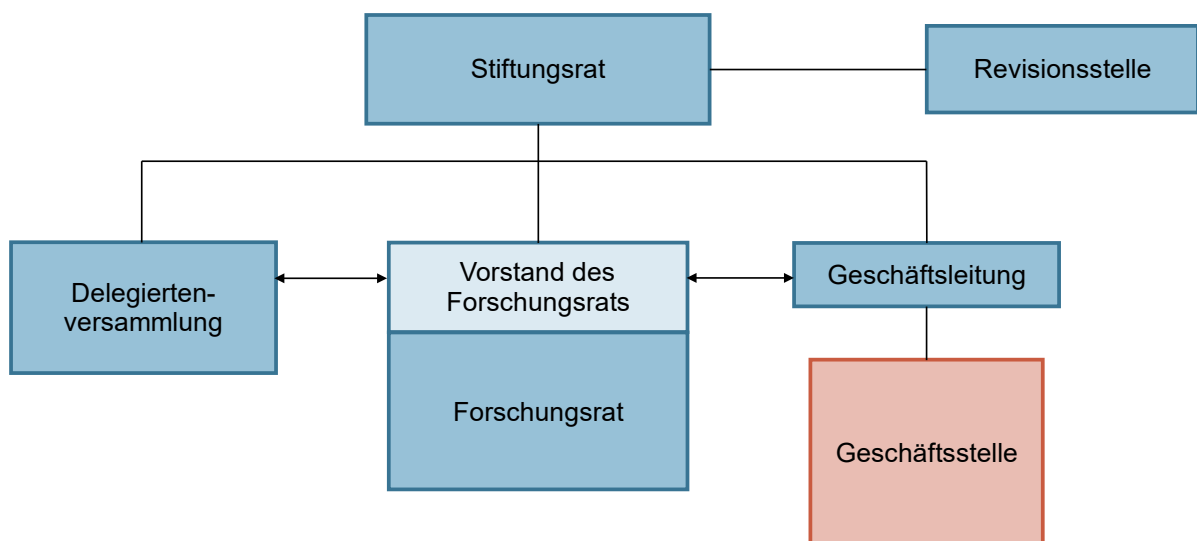
Dekade optimal anlegt, ist das Ziel dieser Statutenrevision. Vor diesem Hintergrund enthalten die Bestimmungen auf Statutenebene die übergeordneten Grundsätze in Form von konzentrierten und vollständigen Regelungen. Auf der Ausführungsebene erlassen Stiftungsrat und Forschungsrat die Reglemente, welche im Rahmen der übergeordneten Statuten ausgestaltet werden. Stiftungsreglement und Organisationsreglement für den Forschungsrat stellen dabei die ausführende Geschäftsordnung dar, deren Erlass in der Kompetenz des SNF liegt.

Übersicht 5 Organe des SNF

Blauer Rahmen: Organ des SNF

Einfache Linien: hierarchische Ordnungen (der Vorstand des Forschungsrats ist Teil des Forschungsrats)

Pfeile: Hauptsächliche Zusammenarbeit



Zusammenführung von Stiftungsurkunde und Statuten

Die Eidgenössische Stiftungsaufsicht ESA hat sich dafür ausgesprochen, anlässlich der Totalrevision die Statuten mit der separat existierenden Stiftungsurkunde zusammenzuführen. Die Statuten enthalten daher neu einen einleitenden Abschnitt zur Stiftungsgründung im Jahr 1952. Redundanzen von Stiftungsurkunde und Statuten werden dadurch behoben. Die bisherigen Bestimmungen der Stiftungsurkunde zu Zweck, Stiftungskapital, Betriebsmittel und Organisation sind in den entsprechenden Abschnitten der Statuten geregelt. In den Schussbestimmungen wird die Stiftungsurkunde aufgehoben.

Steuerung und Interessenwahrung durch den Bund

Der Bund hat im FIGG dem SNF die Erfüllung der öffentlich-rechtlichen Aufgabe der Forschungsförderung übertragen. Es handelt sich um eine Beleihung. In diesem Rahmen erfolgt die Fördertätigkeit des SNF. Als «Organisation der Wissenschaft für die Wissenschaft» erfüllt der SNF diese Aufgabe in wissenschaftlicher Selbstverwaltung (Art. 9 Abs. 1 FIGG) und unter Beachtung der Stiftungsautonomie und der Wissenschaftsfreiheit. Für die Erfüllung der öffentlich-rechtlichen Aufgabe erhält der SNF vom Bund eine Abgeltung. Es sind deshalb Steuerungs- und Kontrollaufgaben und die Interessenwahrung des Bundes zu regeln. Dabei gilt es zu berücksichtigen, dass der SNF für die wirkungsvolle Aufgabenerfüllung einen genügend grossen Autonomierahmen benötigt. Autonomes und eigenverantwortliches Handeln des Beliehenen ist entscheidend für die Effizienz, die Wirkung und den Erfolg der Aufgabe. Der Beliehene soll mit anderen Worten über sein Spezialwissen und seine

Erfahrung sachadäquate Prozesse und Organisationsformen bereitstellen, in denen sich die Expertise effektiv und unabhängig entfalten kann. Damit sichert er die erforderliche Legitimation komplexer Experten-Entscheide. Dies ist der Kern der Beleihung einer privaten Organisation mit öffentlich-rechtlichen Aufgaben.

Elemente der **Steuerung durch den Bund**:

- Personell: **Wahl der Stiftungsratspräsidentin oder des Stiftungsratspräsidenten auf Vorschlag des SNF; ex-officio-Mitgliedschaft ohne Stimmrecht der Vertretung des SBFI im Stiftungsrat**
- Inhaltlich: **Planungspflicht mit obligatorischem Mehrjahresprogramm, Leistungsvereinbarung mit dem SBFI und Zusatzaufträge dazu, Genehmigung jährlicher Förderplan durch das SBFI**
- Finanziell: **BFI-Botschaft des Bundesrates an das Parlament, Zahlungsrahmen und Budget gemäss Parlamentsbeschlüssen**
- Kontrolle: **Genehmigung von Statuten, Beitragsreglement und Overheadreglement durch den Bundesrat**

Diese Steuerungselemente entsprechen grundsätzlich der aktuellen Regelung. Die Statutenrevision ändert daran nichts. Die Aspekte der Steuerung und Kontrolle durch den Bund sind durch die gesetzliche Grundlage für die Tätigkeiten des SNF, d.h. durch das FIG vorgegeben. Infolge der Verkleinerung und Professionalisierung sind im Stiftungsrat keine vom Bundesrat bestimmten Vertreterinnen und Vertreter aus Wirtschaft und Politik mehr vorgesehen, dafür wird die ex-officio-Mitgliedschaft der Vertretung des Staatssekretariats für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) statuiert und die Wahl der Präsidentin oder des Präsidenten des Stiftungsrats ist ein Bundesratsgeschäft. Aus Governance-Gründen hat das Mitglied des SBFI neu kein Stimmrecht mehr, führt doch das SBFI de facto die Aufsicht über den SNF. Abgesehen von dieser Neuerung wahrt der Bund seine Interessen gegenüber dem SNF weiterhin mittels der genannten Steuerungs- und Kontrollmittel. In der Praxis hat dies eine Reduktion des Aufwands für die Bundesverwaltung im Bereich der Besetzung von Gremien zur Folge, was im Vorfeld der Statutenrevision begrüsst wurde.

Evaluation des SNF durch den Schweizerischen Wissenschaftsrat SWR (Schlussbericht vom 4.10.2022)

Die Erkenntnisse und Empfehlungen des SWR mit Bezug zur Governance des SNF wurden im vorliegenden Entwurf für die totalrevidierten Statuten berücksichtigt. Die Überlegungen des SWR decken sich weitgehend mit jenen des SNF, die 2020/21 für den Stiftungsrat und dessen Ausschuss Anlass zur Totalrevision der Statuten gegeben haben. Im Einzelnen geht es um diese Empfehlungen:

Schlussbericht SWR v. 4.10.2022 «Evaluation des SNF»; S.20	Berücksichtigung Governance & Organisation des SNF in den revidierten Statuten
Der SNF sollte eine (Portfolio-) Strategie in Abstimmung mit den BFI-Akteuren und insbesondere den Hochschulen entwickeln und diese dem Stiftungsrat zur Genehmigung vorlegen.	Mit dem Organ der Delegiertenversammlung schafft der SNF eine formelle Basis für die transparente und kanalisierte Mitwirkung der Stakeholder bei grundlegenden Entscheidungen und Entwicklungen des SNF. Die Delegierten aus dem Kreis der Institutionen und Interessengruppen mit Bezug zur Tätigkeit des SNF werden in ihren Kompetenzen und effektiven Einflussmöglichkeiten gestärkt. Sie haben namentlich das Recht auf Information und Berücksichtigung in den Entscheidungsprozessen des SNF. Mittel dieser Involvierung sind Arbeitsgruppen, Vernehmlassungen/Stellungnahmen, die Einflussnahme auf die Mehrjahresplanung, das Recht, Initiativen und Anträge einzubringen sowie Mitglieder in ausgewählte Gremien des SNF zu entsenden, beispielsweise in die Wahlgremien für den Stiftungsrat sowie den Forschungsrat.
Die Transparenz in Bezug auf alle Entscheidungsprozesse sollte verbessert werden (inklusive der Ernennung der Präsidentin oder des Präsidenten des Forschungsrats, der Mitglieder des Forschungsrats, des Stiftungsrats und der Evaluationsgremien).	Die Aufgaben der fünf Organe, namentlich auch im Bereich der Strategie, sind auf Statutenebene klar abgegrenzt und zugeteilt. Hinsichtlich der Besetzung der Organe bestehen klare und transparente Regelungen. Die Empfehlung des Compliance Ausschusses des SNF, das Selektionsverfahren für die Forschungsratsmitglieder transparenter und unabhängiger (mit externer Fachexpertise) zu gestalten, ist umgesetzt. Die Statuten enthalten entsprechende Bestimmungen für ein Selektionsverfahren mit solchen Eckwerten.
Das Präsidium des SNF-Forschungsrats sollte gestärkt und als Vollzeitstelle mit Exekutivbefugnis ausgestattet werden. Die Person ist aufgrund ihrer wissenschaftlichen Exzellenz auszuwählen.	Der Forschungsrat wird in seinen förderstrategischen Kompetenzen klar gestärkt. Die Rolle der Präsidentin oder des Präsidenten bleibt von herausragender Bedeutung; sie oder er verkörpert das Gesicht der Wissenschaft des SNF und vertritt die wissenschaftlichen Aspekte der Organisation SNF gegen aussen sowie gegenüber den Behörden, namentlich dem SBFI. Voll- oder Teilzeitanstellungen sind für die Mitglieder des Leitungsgremiums des Forschungsrats möglich. Dies erlaubt eine bessere Verteilung der Arbeitslast und eine optimierte Vereinbarkeit von Amt und Forschungstätigkeit.
Der Stiftungsrat sollte verkleinert werden, damit er sich bei der Beratung und Entscheidungsfindung zu neuen Initiativen und Strategien angemessen und effektiv einbringen kann. Zudem ist sicherzustellen, dass Best Practices für die Governance von Stiftungen umgesetzt werden.	Die Verkleinerung und Professionalisierung des Stiftungsrats wird mit der Statutenrevision umgesetzt. Der Stiftungsrat ist das oberste Organ der Stiftung SNF, hat die Oberleitung inne, sorgt für die Wahrung des Stiftungszwecks und verantwortet die übergeordneten Strategieentscheidungen. Er beaufsichtigt die anderen Organe.



Schlussbericht SWR v. 4.10.2022 «Evaluation des SNF»; S.20	Berücksichtigung Governance & Organisation des SNF in den revidierten Statuten
Es sollte ein permanentes strategisches Sounding Board mit externen Beratenden eingerichtet werden, das dem Stiftungsrat Bericht erstattet. Das Sounding Board sollte BFI-Partner, internationale Akteure und die Präsidentin bzw. den Präsidenten des Forschungsrats umfassen.	Aktuell wird der SNF durch ein international zusammengesetztes Advisory Board begleitet. Stiftungsrat und Forschungsrat können auf der Basis der revidierten Statuten die externe Sicht auf Entwicklungen und Strategien mittels verschiedener Massnahmen einholen und so die Qualität der Forschungsförderung und die Zukunftsfähigkeit des SNF sichern. Ein Gremium wie das Advisory Board ist dabei eine Möglichkeit. Die Zusammenarbeit mit verschiedenen Fachgremien auf nationaler und internationaler Ebene oder Evaluationen zu bestimmten Themen/Massnahmen/Instrumenten sind weitere Möglichkeiten, wie der SNF in seiner Weiterentwicklung optimal gestärkt werden kann.

Regelungskonzept

Die totalrevidierten Statuten enthalten die Regelungen von grundlegender Bedeutung für den SNF. Das Regelungskonzept verfolgt das Ziel, auf Stufe Statuten eine Konzentration auf die wesentlichen Grundlagen zu Zweck/Grundsätzen, Organisation und Finanzen vorzunehmen, wie das auch bisher der Fall ist. Lesbarkeit und Klarheit der Statuten werden erhöht, indem die Regelungen zu den Organen Stiftungsrat, Forschungsrat, Delegiertenversammlung und Geschäftsleitung durchwegs analog aufgebaut sind und die Einteilung in die drei Themen «Zusammensetzung, Wahl, Amtszeit – Aufgaben – Arbeitsweise» erfahren. Die Organisation verfügt zudem über Flexibilität, indem Bandbreiten bei der Anzahl der Mitglieder der Organe definiert werden. Im Ergebnis führt diese Konzeption zur gewünschten Verschlinkung der Statutengrundlage bei gleichzeitiger Klärung und Abgrenzung der Zuständigkeiten der Organe der Stiftung. Die Anzahl der Artikel ist mit rund 20 übersichtlich und klar.

Vergleich zu den bisherigen Statuten

Das Regelungskonzept für die Statuten des SNF ist ähnlich wie jenes der abzulösenden Statuten von 2007 mit Änderungen von 2012 und 2015. Während die Governance-Struktur des SNF in den totalrevidierten Statuten deutlich klarer und schlanker wird, bleiben die Aufgaben weitgehend gleich. Welches sind die wichtigsten Anpassungen?

- Die Aufgabenzuteilung an die Organe wurde präzisiert, klar abgegrenzt und entspricht nun besser den Regeln der Good Governance einer Stiftung.
- Im heute sehr grossen Stiftungsrat (45 Mitglieder) ist ein Gemisch von Interessen feststellbar, was zu Rollenkonflikten führen kann. Diese Problematik wurde mit einem verkleinerten Stiftungsrat und der Schaffung eines neuen Organs Delegiertenversammlung der Stakeholder entschärft. In diesem neuen Organ können die Stakeholder ihre legitimen Interessen in geeigneter Weise einbringen.
- Das wissenschaftliche Organ Forschungsrat ist in seiner Kompetenz im Hinblick auf die Förderstrategie gestärkt. Die Statuten erlauben eine Organisation, die den Entwicklungen (Evaluation durch Panels) Rechnung trägt sowie die erforderliche Flexibilität für die Erfüllung zukünftiger Anforderungen aufweist. Zudem kann die Auswahl der Forschungsratsmitglieder unabhängiger und unter Beizug von externem Fachwissen erfolgen, was der Erfüllung der Empfehlungen aus Compliance-Sicht entspricht. Die Wahlkommission für den Forschungsrat löst das bisherige Wahlverfahren nach dem Prinzip der Selbsterneuerung des Forschungsrats ab und entspricht so den Anforderungen der Good Governance.

- Die Geschäftsleitung bleibt das mehrköpfige operative Organ der Stiftung. Hinsichtlich ihrer Zusammensetzung ist sie im Sinne der Rechtsnachführung flexibel mit mindestens drei Mitgliedern aufgestellt.
- Schliesslich ist die Steuerung durch den Bund weiterhin sichergestellt. Als Folge der Verkleinerung des Stiftungsrats entfallen die vom Bundesrat bestimmten Vertreterinnen und Vertreter aus Wirtschaft und Politik. Der Bundesrat wählt jedoch auf Vorschlag des SNF die Präsidentin oder den Präsidenten und das SBFJ bestimmt ein ex- officio-Mitglied des Stiftungsrats.

Kostenfolgen

Mit der Statutenrevision wird eine Organstruktur für den SNF umgesetzt, die eine klar abgegrenzte Aufgabenteilung beinhaltet und bei der die Grösse der Organe dem jeweiligen Aufgabenkatalog des Organs Rechnung trägt. Diese neue Governance wirkt sich kostenmässig insofern positiv aus, als die Anzahl Mitglieder der Organe Stiftungsrat und Forschungsrat sinkt und die gesamte Entschädigung für das Organ der Interessenvertreter/innen, die Delegiertenversammlung, nicht höher ausfallen dürfte als jene für den heute amtierenden Stiftungsrat. Lokale Forschungskommissionen sind als Organ nicht mehr vorgesehen, was in der Praxis seit 1.1.2021 umgesetzt ist. Im Einzelnen gilt es bezüglich der Kosten der Organe festzuhalten:

- Der Stiftungsrat wird von 45 auf 7-11 Mitglieder reduziert, den Ausschuss des Stiftungsrats gibt es nicht mehr. Bei gleichbleibender Entschädigungsregelung dürften sich die Kosten für den neuen Stiftungsrat ungefähr im Bereich des bisherigen Stiftungsratsausschusses bewegen. Die Praxis bei grösseren Stiftungen entwickelt sich in Richtung einer für die Aufgabe der guten Stiftungsführung angemessenen Entschädigung. Denkbar ist daher, dass sich die Ausgaben moderat erhöhen, jedoch nicht in der Grössenordnung, in der sie insbesondere beim Forschungsrat sinken.
- Die neu geschaffene Delegiertenversammlung mit einer Höchstzahl von 40 Mitgliedern wird ein ähnliches Kosten-Niveau aufweisen wie der abzulösende Stiftungsrat mit seinen höchstens 45 Mitgliedern.
- Die Zahl der Forschungsratsmitglieder erfährt eine massgebliche Senkung um mindestens einen Fünftel. Die neue Bandbreite von 30-80 Mitgliedern löst einen Forschungsrat mit 100 Mitgliedern ab, was entsprechend eine bedeutende Reduktion der fixen Entschädigungen und Entlastungsbeiträge zur Folge hat. Ein möglicher Anstieg bei den Expertenentschädigungen (Panelmitglieder) als Folge der geringeren Zahl an Forschungsräten wird ein wesentlich geringeres Ausmass aufweisen als die Entschädigungssumme für mindestens 20 Forschungsratsmitglieder, die wegfällt.
- Der Forschungsrat wird künftig vom Vorstand des Forschungsrats geleitet, dem mit höchstens sechs Wissenschaftler/innen weniger Mitglieder angehören werden als dem abzulösenden achtköpfigen Forschungsratspräsidium. Selbst wenn der Stiftungsrat von der Möglichkeit Gebrauch macht, einzelne Mitglieder des Vorstands des Forschungsrats voll- oder teilzeitlich beim SNF anzustellen, wird die Gesamtsumme der Entschädigung für das Leitungsgremium des Forschungsrats nicht ansteigen. Bisher war ein Anstellungsverhältnis ausschliesslich für die Präsidentin oder den Präsidenten des Forschungsrats vorgesehen.
- Im Bereich der Geschäftsleitung und der Geschäftsstelle löst die Statutenrevision keine spezifischen direkten Kostenfolgen aus. Die Kosten dürften sich im Rahmen des Verwaltungsbudgets auf einem Niveau bewegen, wie es für die laufende Amtsperiode ausgewiesen ist.

- In der Gesamtbetrachtung schafft die funktionale Optimierung der Organisation die Grundlage für eine effektivere und flexiblere Aufgabenerfüllung durch den SNF. So werden beispielsweise zahlreiche Kontakte mit Interessenvertreterinnen und Interessenvertretern und ihre Anliegen viel effizienter und fokussierter in der Delegiertenversammlung abgeholt und bearbeitet werden können. Zudem wird die gestraffte Arbeitsweise der Organe Stiftungsrat und Forschungsrat in der Tendenz jedenfalls eine Aufwandreduktion zur Folge haben.
- Die Reform wird in der Gesamtbetrachtungsweise die für das Leistungserstellungsbudget definierte Obergrenze gemäss Leistungsvereinbarung 2021-2024 zwischen SBFI und SNF nicht negativ beeinflussen. Die Kosten für die Bereitstellung von Leistungen des SNF betragen aktuell nicht mehr als 7% aller Bundesbeiträge (exkl. Overhead). In der angepassten Organisationsstruktur wird dieser Rahmen für das Leistungserstellungsbudget weiterhin angemessen sein.

Wahlzuständigkeiten für die Organe

Stiftungsrat: Mitglieder	<i>Stiftungsrat auf Antrag der Wahlkommission für den Stiftungsrat, die vom Stiftungsrat eingesetzt wird</i>
Stiftungsrat: Präsidentin/Präsident	Bundesrat, auf Antrag des Stiftungsrats
Stiftungsrat: ex-officio-Mitglied (ohne Wahl)	SBFI
Forschungsrat: Mitglieder	Stiftungsrat, auf Antrag der Wahlkommission für den Forschungsrat, die vom Stiftungsrat eingesetzt wird
Forschungsrat: Präsidentin/Präsident	Stiftungsrat, auf Antrag der Nominationskommission für die Präsidentin oder den Präsidenten des Forschungsrats, die vom Stiftungsrat eingesetzt wird
Forschungsrat: Vorstand des Forschungsrats	Stiftungsrat auf Antrag des Vorstands des Forschungsrats, Vorschlagsrecht der Präsidentin oder des Präsidenten (Konsultation Forschungsrat)
Delegiertenversammlung: Mitglieder	Hochschulen und Organisationen delegieren; die Delegiertenversammlung wählt weitere Interessenvertreterinnen und Interessenvertretern
Delegiertenversammlung: Präsidentin/Präsident	Delegiertenversammlung
Geschäftsleitung: Mitglieder	Direktor/in mit Genehmigungsvorbehalt zugunsten Stiftungsrat
Geschäftsleitung: Direktorin/Direktor	Stiftungsrat, auf Antrag der Nominationskommission für die Direktorin oder den Direktor, die vom Stiftungsrat eingesetzt wird. Die Präsidentin oder der Präsident des Forschungsrats wählt mit
Revisionsstelle	Wahl durch den Stiftungsrat

Standards Swiss Foundation Code SFC³

Qualitätsstandards für Förderstiftungen werden seit mehr als 15 Jahren von der Dachorganisation «Swiss Foundations» (SF) entwickelt und in der Praxis des Schweizer Stiftungswesens angewandt.

³ Swiss Foundation Code SFC, Grundsätze und Empfehlungen zur Gründung und Führung von Förderstiftungen, Ausgabe 2021: <https://www.swissfoundations.ch/wp-content/uploads/2021/06/9783727277931.pdf>

Die Statuten des SNF berücksichtigen die jüngsten Entwicklungen und diese Fachempfehlungen. Namentlich tragen sie den vier von SF im SFC niedergelegten Grundsätzen Rechnung. Wirksamkeit | Checks and Balances | Transparenz | Gesellschaftliche Verantwortung machen laut SFC eine zeitgemässe Governance aus. Hervorzuheben sind dabei mit Bezug zum SNF etwa die neu vorgeschlagene Präambel mit der Konkretisierung der massgeblichen Leitlinien für das Stiftungshandeln oder die klare Aufgabenteilung und Abgrenzung zwischen den Organen. Mit einer schlanken, für die Erfüllung der Bundesaufgabe vollständigen Statutengrundlage wird der SNF in die Lage versetzt, die ihm anvertrauten Bundesmittel effizient und effektiv zugunsten des Stiftungszwecks einzusetzen, so wie es eine moderne Stiftungs-Governance erfordert.

Kommentar zu den einleitenden Bestimmungen

Wichtige Grundsätze und Werte des SNF – Präambel

Auf Stufe Statuten sind Grundsätze und Werte im Sinne einer Leitschnur wie bisher verankert. Neu wird dem Statutentext eine Präambel vorangestellt, welche den Wert von Forschung und zentrale Motive der Tätigkeit des SNF wiedergibt. Die in den Statuten verankerten Grundsätze übernehmen einzelne Vorgaben des Bundes für Organisationen mit Bundesauftrag. Vielfalt, Chancengleichheit und Diversität bezüglich der Geschlechtervertretung beispielsweise sind dabei ein Ausdruck dieser Leitschnur neben weiteren grundlegenden Punkten wie etwa die Verpflichtung zu transparenten und fairen Förderverfahren oder der Beitrag des SNF zugunsten der nachhaltigen Entwicklung der Gesellschaft. Die Präambel bringt zusätzlich die Werte des SNF zum Ausdruck. Durch sie will der SNF das Gemeinwohl fördern und als Organisation der Wissenschaft in diesem Sinn einen wichtigen Beitrag für die Gesellschaft leisten.

Stiftungsgründung

Infolge der Aufhebung der Stiftungsurkunde (vgl. die Ausführungen oben in der Einleitung) ist dem Statutentext einleitend ein Abschnitt zur Stiftungsgründung im Jahr 1952 vorangestellt.

Kommentar zu den einzelnen Bestimmungen

Abschnitt I – Zweck und Grundsätze

Artikel 1 Zweck

Neuer Titel (Zweck statt Zielsetzung).

Der bisherige Abs. 3 (Statuten 2007) ist neu unter den Grundsätzen verankert, vgl. Art. 2 Abs. 2.

Abs. 1: der Förderungszweck «Forschung in der Schweiz» wird durch «Schweizerischer Nationalfonds» zum Ausdruck gebracht. Der SNF fördert Forschung von höchster Qualität mit Bezug zur Schweiz, wobei die Forschung auf der Grundlage spezifischer Instrumente teilweise auch im Ausland abgewickelt wird.

Abs. 2: Wettbewerbsfähigkeit und Vernetzung entsprechen der bisherigen Formulierung. Ergänzt wurde: Stärkung des Wissenschaftsplatzes Schweiz.

Abs. 3 ist im Sinne von Art. 6 Abs. 2 Bst. b und 6 Abs. 3 Bst. a FIG formuliert. Chancengleichheit wird deshalb explizit erwähnt, obwohl sie heute als Teil einer nachhaltigen Gesellschaft begriffen wird.

Artikel 2 Grundsätze

Abs. 1 umschreibt die dem Förderportfolio zugrundeliegende Ausrichtung der Tätigkeit des SNF. Sätze 2 und 3 entsprechen den Inhalten des bisherigen Abs. 1 von Art. 2.

Abs. 2 entspricht dem bisherigen Art. 1 Abs. 3; vgl. auch Art. 9 Abs. 4 sowie Art. 10 Abs. 3 Bst. b FIGG.

Abs. 3 entspricht dem bisherigen Art. 2 Abs. 2, 1. Satz Statuten SNF 2007. Neu ergänzt sind die Grundsätze, die für das Förderverfahren gelten: Transparenz und Fairness.

Abs. 4 entspricht inhaltlich dem bisherigen Art. 2 Abs. 2 Statuten SNF 2007. Die Regelung gründet auf Art. 9 Abs. 2 FIGG.

In Abs. 5 wird wie bisher klargestellt, dass der SNF mit Bundesbeiträgen keine anderen Organisationen begünstigen darf. Hingegen darf er im Rahmen der Vernetzung Mitgliederbeiträge an Organisationen entrichten. Die Mitgliedschaft muss die Erfüllung des Stiftungszwecks unterstützen. Auch diese Regelung entspricht dem Status quo (bisher Art. 2 Abs. 3 Statuten SNF 2007).

Abs. 6 ist ein wichtiger Grundsatz für den SNF und in Anlehnung an das Kulturförderungsgesetz (SR 442.1) betr. Pro Helvetia formuliert.

Abschnitt II – Organisation

Artikel 3 Organe

Neu verfügt der SNF über fünf statt sechs Organe.

Der Ausschuss des Stiftungsrats sowie die Forschungskommissionen fallen weg. Neu wird die Delegiertenversammlung der Stakeholder als eigenständiges Organ etabliert. Die Doppelstruktur der Organe Stiftungsrat und Forschungsrat wird für den SNF als «Organisation der Wissenschaft für die Wissenschaft» beibehalten. Komplexität und Umfang der Fördertätigkeit des SNF erfordern eine hohe Legitimation der Förderentscheidungen in der Wissenschaftsgemeinschaft. Dafür ist aus Governance-Gründen ein eigenständiges, hoch qualifiziertes Expertenorgan (Forschungsrat) erforderlich, welches die wissenschaftliche Evaluation und die Förderstrategie verantwortet.

Artikel 4 Allgemeine Grundsätze für die Organe

Einleitende Hinweise zu den Organen

Die Systematik der Regelungen für die Organe folgt dem Grundsatz, dass für jedes Organ mit Ausnahme der Revisionsstelle festgelegt wird:

- Zusammensetzung, Wahl, Amtszeit
- Aufgaben
- Arbeitsweise

In einem neuen Übersichtsartikel sind die Grundsätze festgelegt, die für alle Organe Geltung beanspruchen.

Abs. 1 zählt Grundsätze auf, die den Prinzipien der Good Governance einer Stiftung folgen. Unter dem Stichwort Diversität ist die Diversität der Geschlechter bei der Besetzung der Organe miteingefasst. Die Qualifikation für das zur Diskussion stehende Amt ist die grundlegende Voraussetzung für die Mitgliedschaft in einem Organ des SNF.

Abs. 2: Die Ausstandspflicht bei Interessenkonflikten entspricht den bisherigen Regelungen für den Stiftungsrat und seinen Ausschuss (Art. 13 Abs. 7, Art. 17 Abs. 5 Statuten SNF 2007). Mit der Statuierung einer allgemeinen Bestimmung wird die Ausstandspflicht für alle Organe generell festgelegt.

Abs. 3: Die Mitglieder der Organe des SNF müssen hohen Professionalitätsansprüchen genügen, um die Qualität der Stiftungstätigkeit jederzeit gewährleisten zu können. Die Ansprüche an Kompetenzen und Verfügbarkeit sind hoch. Im Grundsatz ziehen diese Voraussetzungen eine angemessene Entschädigung der Mitglieder der Organe nach sich. Dabei achtet der für die Festlegung der Entschädigungen zuständige Stiftungsrat auf einen verhältnismässigen Einsatz der öffentlichen Mittel.

Abs. 4: Zur Good Governance gehört auch eine Abberufungsmöglichkeit aus wichtigen Gründen. Dieser Grundsatz wird deshalb explizit verankert (vgl. dazu auch das Kulturförderungsgesetz hinsichtlich der Abberufung von Stiftungsratsmitgliedern der Pro Helvetia, Art. 34 Abs. 3 KFG, SR 442.1). Die Bestimmungen zu den Organen Stiftungsrat, Forschungsrat, Delegiertenversammlung und Geschäftsleitung enthalten gestützt auf diesen Grundsatz neu einen Absatz zur Abberufung. Betrifft die Abberufung Mitglieder von Organen, die in einem Anstellungsverhältnis zum SNF stehen, zieht eine Abberufung die Kündigung nach sich.

Artikel 5 Stiftungsrat: Zusammensetzung, Wahl, Amtsdauer

Abs. 1: Der Stiftungsrat setzt sich aus der Präsidentin oder dem Präsidenten des Stiftungsrats, 7-11 weiteren stimmberechtigten Mitgliedern und einem vom SBFI ex officio bestimmten Mitglied zusammen. Die Bundesinteressen werden gewahrt, indem der Bundesrat die Präsidentin oder den Präsidenten des Stiftungsrats wählt. Neu wird der Stiftungsrat dem Bundesrat einen Wahlvorschlag unterbreiten. Entsprechend den Regeln der Good Governance wird die ex-officio-Vertretung des SBFI kein Stimmrecht im Stiftungsrat haben. Die festgelegte Bandbreite der Mitgliederzahl (7-11) ergibt Flexibilität. Idealerweise ist das Gremium nicht sehr gross, um eine hohe Handlungsfähigkeit zu erreichen und die Verantwortung/ Haftung klar zuteilen zu können. Der Rahmen von 7-11 Mitglieder vermag Agilität und Vollständigkeit der Kompetenzabdeckung ideal zu gewährleisten.

Abs. 2: Der Stiftungsrat wählt auf Antrag der Wahlkommission für den Stiftungsrat die 5-9 stimmberechtigten Mitglieder gemäss Abs. 1 Bst. b. Die Zusammensetzung der Wahlkommission aus den Organen Stiftungsrat, Forschungsrat, Delegiertenversammlung und mindestens einer externen Fachperson gewährleistet die erforderliche Legitimation der SR-Mitglieder (inkl. externes Element). Es ist auf eine relativ gleichmässige Vertretung der Organe zu achten, wobei die Mitglieder des Stiftungsrats in der Wahlkommission jedenfalls keine Mehrheit bilden dürfen und das Präsidium durch ein externes Mitglied zu besetzen ist.

Die Profile der Stiftungsratsmitglieder (Abs. 3 und 4) richten sich am Stiftungszweck «Förderung der wissenschaftlichen Forschung» aus. Das bedeutet, dass Wissenschaftsnähe und Kenntnisse der Rahmenbedingungen der wissenschaftlichen Forschung der Schweiz sowie Kenntnisse im Stiftungsmanagement erforderlich sind. Idealerweise gehören dem Stiftungsrat wissenschaftlich oder wissenschaftsnah tätige Persönlichkeiten mit Bezug zum SNF an, wobei Kompetenzen in Finanzen, Recht, Stiftungsmanagement und Wirtschaft ebenfalls abgedeckt werden sollen. Die Zusammensetzung muss insgesamt ausgewogen sein, das Schwergewicht liegt bei wissenschaftlichen Profilen. Mindestens zur Hälfte muss der Stiftungsrat mit Forschenden besetzt sein, die Forschung auf hohem Niveau ausüben oder ausgeübt haben und über ausgezeichnete Kenntnisse der Schweizer Forschungslandschaft verfügen. Entsprechend dem Standard für die Diversität von Gremien mit Bezug

auf das Geschlecht wird eine Mindestvertretung für Frauen und Männer festgelegt. Die Regelung berücksichtigt die Grösse des Organs und sieht einen gewissen Spielraum für die Vielfalt der Geschlechter bei den Mitgliedern vor. Gegen die bisherige Vorgabe einer Geschlechterquote von 40% je Geschlecht spricht die neu stark reduzierte Mitgliederzahl von 7-11. In kleinen Gremien kann sich die 40%-Quote als zu wenig flexibel erweisen, namentlich in Konstellationen im Bereich der unteren Bandbreite der Mitgliederzahl. Aus diesen Gründen wird ein Minimum von 3 Frauen und Männern vorgeschrieben.

Die Bestimmung eines Vizepräsidiums ist obligatorisch. Dieses Stiftungsratsmitglied verfügt über ein Profil mit ausgewiesener Erfahrung im BFI-Bereich. Diese Regelung bezweckt, die wissenschaftliche Kompetenz des Leitungsorgans des SNF zu betonen. Das Präsidium wird durch den Bundesrat gewählt und dürfte daher wie bis anhin mit einer Persönlichkeit aus Politik und Gesellschaft besetzt werden. Eine wissenschaftsnahe Besetzung des Vizepräsidiums dient der Ausgewogenheit der Stiftungsratsleitung (Abs. 5).

Schliesslich wird in Abs. 6 eine individuelle Amtsdauer von 4 Jahren festgelegt, die einmal erneuerbar ist. Auf eine Amtsdauer des Rats mit Gesamterneuerungswahlen wird verzichtet.

Die Abberufungsmöglichkeit aus wichtigen Gründen wird als neue Regelung in Abs. 7 verankert. Ein solcher Entscheid setzt einen Beschluss mit qualifizierter Mehrheit voraus. Abberufungsgründe sind namentlich:

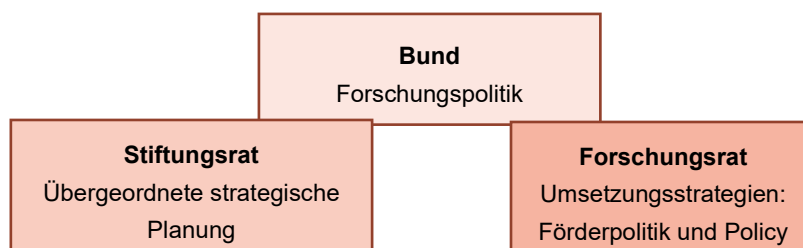
- Gravierende Pflichtverletzung
- Permanenter Interessenkonflikt
- Unfähigkeit
- Schwerwiegende Behinderung der Stiftungstätigkeit (oder auch Untätigkeit)
- Strafbares Verhalten (im Zusammenhang mit der Stiftungstätigkeit)

Eine spezielle Lösung gilt für die Abberufung der Präsidentin oder des Präsidenten. Hier bedarf es der Mitwirkung des Bundesrats, welcher für die Wahl zuständig ist. Der Stiftungsrat kann ihm einen Abberufungs-Antrag stellen.

Artikel 6 Aufgaben des Stiftungsrats

Einleitende Bemerkungen zu den strategischen Aufgaben:

Im strategischen Bereich obliegen dem Stiftungsrat die Beschlüsse zur Mehrjahresplanung und zur Leistungsvereinbarung mit dem Bund. Alle die Umsetzungsebene betreffenden Strategien (Aktionsplan zur Mehrjahresplanung und Förderplan, Förderinstrumentarium) sind als Aufgaben dem wissenschaftlichen Organ Forschungsrat zugeteilt. Diese Aufgabenklärung zwischen den Organen Stiftungsrat und Forschungsrat wird explizit verankert. Dies ergibt folgende Aufteilung:



Zu den Begriffen:

Forschungspolitik: Die Forschungspolitik ist Sache des Bundes. Er bestimmt die Rahmenbedingungen sowie den finanziellen Rahmen, innerhalb dessen das von ihm eingesetzte Förderorgan SNF (vgl. Art. 10 Abs. 1 FIFG) die wissenschaftliche Forschung fördern soll.

Übergeordnete strategische Planung: Strategie wird formuliert in Planungen und übergeordneten Zielsetzungen. Für die Organisation SNF erfolgt die übergeordnete Planung in den vom Bund vorgeschriebenen Mehrjahresprogrammen und in der Leistungsvereinbarung, die zwischen Bund (SBFI) und SNF abgeschlossen wird. Darin werden die finanziellen Ziele und die Leistungsvorgaben vereinbart.

Förderpolitik: Die Förderpolitik (Art. 9 Abs. 2 Bst. b Statuten) des SNF kommt zum Ausdruck in Förderangeboten, Förder- und Mittelallokations-Entscheidungen, in Ziel- und Wirkungskontrollen.

Policy: Unter Policy sind die Förderrichtlinien (Art. 9 Abs. 2 Bst. b Statuten) zu verstehen. Policy setzt die Rahmenbedingungen und Standards in den Umsetzungsstrategien. Sie orientieren sich an der übergeordneten Strategie (Planung) und der Förderpolitik.

Die Aufgaben des Stiftungsrats basieren auf seiner Oberleitungsfunktion (Abs. 1 und Abs. 2 Bst. a) sowie der Wahrnehmung der übergeordneten strategischen Aufgaben der Stiftung. Die oberste Verantwortung für die Wahrung des Stiftungszwecks ist beim Stiftungsrat angesiedelt. Die klassischen Aufgaben im Bereich von Budget, Rechnung und Jahresbericht sind gemäss Stiftungsrecht und Standards für Stiftungen dem Stiftungsrat zugeteilt.

Abs. 2: Im Bestreben, die Aufgabenteilung zwischen den Organen klar zu regeln, sind die Aufgaben einzeln aufgelistet: Es sind dies beim Stiftungsrat (bisher: Stiftungsrat und Ausschuss) Aufgaben in Leitung/Aufsicht, Strategie, Wahlen, Rechtssetzung und Kontrolle. Im Bereich der strategischen Aufgaben wird zudem der Forschungsrat gestärkt (vgl. oben zu den Strategieaufgaben; der Forschungsrat verantwortet die Förderpolitik und die Förderrichtlinien).

Zu den einzelnen Aufgaben des Stiftungsrats:

Bst. a bis c regeln Oberleitung, Aufsicht sowie die erwähnten übergeordneten Strategiezuständigkeiten für die Mehrjahresplanung und die Leistungsvereinbarung mit dem Bund.

Bst. d teilt die Aufgabe der strategischen Ausrichtung von Partnerschaften und Kooperationen dem Stiftungsrat zu. Dem Forschungsrat (vgl. Art. 9 Abs. 2 Bst. p) obliegt die Führung dieser Kooperationen im Bereich der wissenschaftlichen Themen und Organisationen, wobei er sich an die durch den Stiftungsrat beschlossene Ausrichtung halten muss.

Bst. e und f: Für Geschäfte im Bereich der Positionierung des SNF (Stellungnahmen, Vernehmlassungen) stimmen sich die Organe Forschungsrat und Stiftungsrat ab. Dasselbe gilt betr. die Stellungnahmen zu Evaluationen des SNF durch Dritte, wie z.B. die kürzlich durchgeführte Evaluation des SWR (vgl. für den Forschungsrat: Art. 9 Abs. 2 Bst. e und f). Diese gemeinsamen Zuständigkeiten stärken einerseits die Zusammenarbeit der beiden Organe, erfordern andererseits eine optimale Abstimmung. Evaluationen der Fördertätigkeit (Instrumente und Massnahmen) sowie die Annahme von Evaluationsmandaten von Dritten fallen in die Zuständigkeit des Forschungsrats (Art. 9 Abs. 2 Bst. f).

Bst. g regelt die Aufgaben in der finanziellen Führung sowie in der Aufsicht: Budget, Jahresrechnung und Jahresbericht werden vom Stiftungsrat abgenommen.

Die bisher beim Stiftungsrat und seinem Ausschuss angesiedelten Aufgaben sind neu vereinigt dem Stiftungsrat zugeteilt. Angepasste Regelungen betreffen die Wahl von Stiftungsrat und Forschungsrat: für die Erneuerung dieser Organe setzt der Stiftungsrat Wahlkommissionen ein (Bst. h und i). Die Wahl der Präsidentin oder des Präsidenten des Forschungsrats ist ebenfalls eine Stiftungsratskompetenz (Bst. j). Ebenfalls wie bisher geregelt ist, dass die Forschungsratspräsidentin oder der Forschungsratspräsident das Stimmrecht für Wahl der Direktorin oder des Direktors der Geschäftsstelle hat (Bst. l). Die Mitglieder des Vorstands des Forschungsrats wählt der Stiftungsrat (Bst. k), dies gestützt auf Vorschlag des Forschungsrats. Der Wahlvorschlag wird durch den Vorstand des Forschungsrats, der gemäss Art. 11 Abs. 1 Antrags- und Vorschlagsrechte des Forschungsrats wahrnimmt, unterbreitet.

Bst. m bis o regeln drei Arten von Gremien des Stiftungsrats: Bst. m: für die explizit genannten Aufgaben der Compliance im Bereich der Qualitätssicherung und Rechtmässigkeit der Forschungsförderung sowie für die interne Revision muss der Stiftungsrat Gremien einsetzen, was der heutigen Lösung entspricht; Bst. n: zur Unterstützung und Begleitung kann der Stiftungsrat einen wissenschaftlichen Beirat (Advisory Board) ins Leben rufen, welcher – wie heute – eine Aussensicht auf strategische Fragen der Förderungstätigkeit des SNF beisteuert. Das Advisory Board berät Stiftungsrat und Forschungsrat; Bst. o: soweit der Stiftungsrat seine eigene Aufgabenerfüllung organisiert, kann er dafür Ausschüsse des Stiftungsrats oder andere Gremien einsetzen, denen nicht unbedingt nur Mitglieder des Stiftungsrats angehören. Das können beispielsweise Fachgruppen sein oder Arbeitsgruppen zur Bearbeitung einer bestimmten Aufgabe/Fragestellung. Während Ausschüsse/Gremien gemäss Bst. m und n auf Dauer eingerichtet werden dürften, können solche unter Bst. o durchaus als ad-hoc-Gremien temporär tätig sein. Nicht zu vergleichen ist die Ausgestaltung dieser Gremien mit dem bisherigen Stiftungsratsausschuss, der als eigenständiges Organ verankert war.

Bst. p: Das qualifizierte Mehr von $\frac{3}{4}$ für Urkunden- und Statutenanpassungen wird beibehalten. Im verkleinerten Stiftungsrat ist diese Hürde angemessen.

Im Übrigen sind die Aufgaben des Stiftungsrats unverändert gegenüber den bisherigen Regelungen (Bst. q bis w): Rechtsetzung im Bereich Beitragsreglement und Overheadreglement, Genehmigungen des Organisationsreglements für den Forschungsrat und des Personalreglements für die Geschäftsstelle, Regelungen der Entschädigungen sowie der Zeichnungs- und Vertretungsberechtigung der statutarischen Organmitglieder und schliesslich die finanziellen Kompetenzen im Bereich Stiftungskapital und bei der Strategie zur Vermögensanlage und Verwendung der privaten Zuwendungen. Die Wahlkompetenz des Stiftungsrats für die Revisionsstelle findet sich in Bst. x geregelt (vgl. auch Art. 19). Die ausführende Geschäftsordnung erlässt der Stiftungsrat in Form eines Stiftungsreglements (Bst. y).

Die Delegationsmöglichkeit hinsichtlich einzelner Geschäfte entspricht der bisherigen Regelung (Abs. 3).

Artikel 7 Arbeitsweise des Stiftungsrats

Die Anzahl der Sitzungen wird flexibel auf die Bedürfnisse der Stiftungsratsgeschäfte ausgerichtet. Zwei Sitzungen pro Jahr sind das Minimum (Abs. 1).

Zur Sicherstellung der Funktionsfähigkeit des Stiftungsrats ist die Wahl eines Vizepräsidiums zwecks Vertretung der Präsidentin oder des Präsidenten obligatorisch. Beim Vizepräsidium ist explizit Fachkompetenz bzw. Erfahrung im BFI-Bereich vorausgesetzt. Diese Regelung bezweckt, die Wissenschaftsnähe des Leitungsorgans des SNF zu betonen (vgl. Art. 5 Abs. 5 Statuten).

Schliesslich werden die Modalitäten der Beschlussfassung geregelt (Abs. 3).

Artikel 8 Forschungsrat: Zusammensetzung, Wahl, Amtsdauer

Der Forschungsrat besteht aus 30-80 Mitgliedern und setzt sich aus der Präsidentin oder dem Präsidenten des Forschungsrats, dem Vorstand des Forschungsrats und den übrigen Mitgliedern zusammen. Die Grösse des Forschungsrats richtet sich nach dem Bedarf für die Erfüllung der ihm obliegenden Aufgaben. Um einerseits den Hauptaufgaben «wissenschaftliche Evaluation» sowie «Förderstrategie» nachzukommen, andererseits eine breite Abdeckung von Kompetenzen zu gewährleisten sowie den transdisziplinären Aspekten die erforderliche Beachtung zu schenken, darf der Forschungsrat nicht ein zu kleines Gremium sein. Seine Grösse ist in einer Bandbreite von 30-80 Mitgliedern festgelegt (Abs.1). Diese Bandbreite erlaubt die erforderliche Flexibilität für die Organisation des Forschungsrats. Heute zählt der Forschungsrat 100 Mitglieder. Während einer längeren Übergangsphase wird der Forschungsrat sicher noch deutlich über 30 Mitglieder zählen.

Abs. 2: Für die Wahl der Präsidentin oder des Präsidenten und der Forschungsratsmitglieder setzt der Stiftungsrat eine Nominationskommission bzw. eine Wahlkommission ein, die nach Konsultation des Forschungsrats geeignete Personen auswählt. Der Wahlentscheid selbst liegt beim Stiftungsrat (Abs. 1 Bst. a).

Die Wahlkommission für den Forschungsrat stellt dem Stiftungsrat Antrag für die Wahl der übrigen Mitglieder gemäss Abs. 1 Bst. c. Sie setzt sich aus den Organen Stiftungsrat, Forschungsrat, Delegiertenversammlung und mindestens einer externen Fachperson zusammen. Es ist auf eine gleichmässige Vertretung der Organe zu achten und die Mitglieder des Stiftungsrats sollten keine Mehrheit in der Wahlkommission bilden. Um die erforderliche Legitimation in der Wissenschaftsgemeinschaft zu erreichen, ist hier dem externen Element mit dem Einbezug internationaler Mitglieder besondere Beachtung zu schenken (Abs. 3).

Abs. 4: Die wissenschaftliche Qualifikation und Erfahrung sowie fachliche Eignung für das Forschungsratsamt stellen die Selektionskriterien dar. Explizit ist des Weiteren zu berücksichtigen, dass die Diversität der Wissenschaftsgebiete und Fachkulturen abgedeckt wird und Kenntnisse des schweizerischen BFI-Systems vorhanden sind. Zudem müssen jüngere Forschende ebenfalls vertreten sein. Letzteres ist sehr wichtig im Hinblick auf die Nachwuchsförderung, die einen der Hauptaufträge des SNF darstellt. Schliesslich wird es im Forschungsrat auch Mitglieder geben müssen, die Kompetenzen und Erfahrung in anwendungsorientierter Forschung mitbringen bzw. Forschungs- und Berufserfahrung kombinieren. Stets ist bei der Besetzung der Forschungsratsämter einer angemessenen Diversität der Geschlechter Rechnung zu tragen. Regeln dazu legt der Forschungsrat in seinem Organisationsreglement fest.

Abs. 5 schliesslich legt die maximale Amtszeit der Forschungsratsmitglieder fest. Aus Kontinuitätsgründen ist die Amtsdauer von 4 Jahren einmal erneuerbar.

Abs. 6: Die Regelung betreffend Teil- oder Vollzeitanstellung von Mitgliedern des Vorstands des Forschungsrats entspricht mit Bezug zum Amt der Präsidentin oder des Präsidenten dem Status Quo.

Eine neue Regelung enthält Abs. 7: das Abberufungsrecht des Stiftungsrats für Forschungsratsmitglieder aus wichtigen Gründen (vgl. zur Abberufung von Stiftungsratsmitgliedern oben Art. 5 Abs. 7). Eine Abberufungsentscheid kann nicht leichthin getroffen werden. Er bedarf eines qualifizierten Mehrs von 2/3 Stimmen im Stiftungsrat. Der Forschungsrat hat das Recht, dem Stiftungsrat einen Antrag auf Abberufung zu stellen.

Dass Forschungsratsmitglieder berechtigt sind, beim SNF während ihrer Amtszeit Fördergelder einzuwerben, führt in der aktuellen Praxis zu diversen Herausforderungen. Infolge der entstehenden Interessenkonflikte bei der Beteiligung am kompetitiven Auswahlverfahren für Fördermittel des SNF fehlt es in Begutachtungsverfahren an Evaluationskapazitäten, weil zu viele Forschungsratsmitglieder wegen eigener Forschungsförderungsgesuche im Ausstand sind. Eine Regelung des Sachverhalts ist erforderlich und wird durch den Stiftungsrat in den Ausführungsbestimmungen getroffen. Dabei kann dieser verschiedene Massnahmen prüfen. So etwa das aktuell nur für die Präsidentin oder den Präsidenten geltende Modell der Kompensation durch eine Forschungspauschale (Abs. 8).

Artikel 9 Forschungsrat: Aufgaben

Die Aufgaben des wissenschaftliche Organs Forschungsrat, die wie oben erwähnt durch den Vorstand des Forschungsrats wahrgenommen werden, decken sich in grossen Teilen mit den bisherigen Aufgaben des Forschungsrats und seines Präsidiums. Neu und wesentlich sind die Stärkung der Kompetenz des Forschungsrats in der Förderstrategie und die klare Aufteilung von strategischen Aufgaben im Verhältnis zum Stiftungsrat (vgl. oben Art. 6).

In Abs. 2 Bst. a wird der Forschungsrat mit der Wahrnehmung des Kerngeschäfts des SNF betraut: mit der wissenschaftlichen Evaluation der Fördergesuche und den Förderentscheidungen.

In der Beschluss- Zuständigkeit des Stiftungsrats sind das Mehrjahresprogramm sowie die Leistungsvereinbarung mit dem Bund. Hier hat der Forschungsrat ein Antragsrecht (Bst. b). Für die förderungspolitische strategische Umsetzung ist der Forschungsrat zuständig, d.h. Förderplan und Aktionsplan werden vom Forschungsrat beschlossen (Bst. c und d).

Der Forschungsrat trägt die Verantwortung für die Förderpolitik und die Förderrichtlinien (Policy) der Forschungsförderung und fällt in diesen Bereichen die entsprechenden Beschlüsse (zu den Begriffen vgl. oben einleitende Bemerkungen zu Art. 6). Förderpolitik und Förderrichtlinien gestaltet der Forschungsrat innerhalb der übergeordneten strategischen Planung. Der Forschungsrat hat dort ein Antragsrecht gegenüber dem Stiftungsrat, wo diesem die Entscheidungskompetenz zukommt. Das gilt hinsichtlich des Mehrjahresprogramms und der Leistungsvereinbarung mit dem Bund und auch bei Entscheidungen über übergeordnete Strategien zu Partnerschaften und Kooperationen. In dieser Materie entscheidet der Stiftungsrat (Art. 6 Abs. 2 Bst. b, c und d).

Für Geschäfte im Bereich der Positionierung des SNF (Stellungnahmen, Vernehmlassungen) stimmen sich die Organe Forschungsrat und Stiftungsrat ab (Art. 9 Abs. 2 Bst. e und Art. 6 Abs. 2

Bst. e). Zusammen mit dem Stiftungsrat beschliesst der Forschungsrat zudem über Stellungnahmen zu Evaluationen des SNF durch Dritte (wie aktuell die Evaluation durch den SWR). Über die Durchführung von Evaluationsmandaten Dritter und Evaluationen von Förderinstrumenten und -massnahmen entscheidet der Forschungsrat im Rahmen seiner Verantwortung für die Förderpolitik des SNF (Bst. f).

Bst. g: Soweit der SNF Entscheidungen im Zusammenhang mit der Durchführung von Programmaufträgen des Bundes trifft, obliegen diese dem Forschungsrat. Diese Bestimmung betrifft insbesondere die Nationalen Forschungsprogramm NFP und die Nationalen Forschungsschwerpunkte NFS.

Hervorzuheben ist Bst. h: Schon heute erlässt der Forschungsrat die Ausführungsbestimmungen zum Beitragsreglement, d.h. die Reglemente der Förderinstrumente und die Calls (vgl. dazu die Formulierung in Art. 9 Abs. 3 FIGG). Neu ist die Kompetenz für die Festlegung der Förderinstrumente auch beim wissenschaftlichen Organ angesiedelt (bisher: Stiftungsratsausschuss). In der Praxis ist die Einführung neuer Förderangebote meist im jeweiligen Mehrjahresprogramm vorgezeichnet. Insofern sind an diesen Entscheidungen auch der Stiftungsrat, die mitwirkende Delegiertenversammlung sowie der Bund beteiligt.

Bst. i: der Forschungsrat hat die Aufgabe der Mittelallokation. Er nimmt diese im Rahmen des vom SBFI genehmigten Förderplans sowie der Leistungsvereinbarung vor.

Bst. j: Beschlüsse zu den Grundlagen der Qualitätssicherung und Valorisierung der Forschungsförderung zählen wie bisher zum Aufgabengebiet des Forschungsrats, wobei die Geschäftsleitung dann für die Umsetzung auf der operativen Ebene sorgt. Der Forschungsrat definiert die strategisch wichtigen Förderrichtlinien und erlässt dazu die entsprechenden Bestimmungen, welche die geförderten Forschenden erfüllen müssen. Open Access zu Publikationen, Open Research Data, die Übernahme der Richtlinien der «DORA Declaration» sind Beispiele für diese in der Verantwortung des Forschungsrats stehenden Policies.

Bst. k: explizit verankert ist die in der Praxis bereits etablierte Panelstruktur für die Evaluation der Forschungsförderungsgesuche. Die Aufgabe des Forschungsrats besteht hier zunehmend aus der Auswahl der Panelmitglieder und deren Beaufsichtigung. Der Forschungsrat regelt in seinem Organisationsreglement die Einzelheiten. Er kann den Panels bzw. den von ihm eingesetzten Gremien Entscheidungsrechte delegieren, selbstverständlich unter Wahrung der Aufsicht und Qualitätskontrolle (Bst. l).

Bst. m: Das Beitragsreglement und das Overheadreglement erarbeitet der Forschungsrat. Diese beiden grundlegenden Reglemente für die Erfüllung der öffentlich-rechtlichen Aufgabe der Forschungsförderung bedürfen der Genehmigung durch den Bundesrat (Art. 9 Abs. 3 FIGG), weshalb sie vom Stiftungsrat auf Antrag des Forschungsrats beschlossen werden.

Der Forschungsrat hat die Pflicht, dem ihn beaufsichtigenden Stiftungsrat periodisch Bericht zu erstatten (Bst. n). Kommunikation und Vertretung gegen aussen im Bereich der wissenschaftlichen Themen (Förderpolitik, Policies) ist im Sinne einer klaren Aufgabenteilung explizit dem Forschungsrat zugeteilt (Bst. o; zur Wahrnehmung der Aufgabe durch den Vorstand des Forschungsrats vgl. die Ausführungen zu Art. 11). Der Forschungsrat ist kraft seiner Zusammensetzung (wissenschaftliche

Expertinnen und Experten) dazu prädestiniert. Mit dieser Aufgabenklärung wird eine adäquate Lösung getroffen. Der Stiftungsrat kommuniziert gestützt auf seine Funktion der Oberleitung in allgemeinen die Stiftung betreffenden Themen. Es sind Fälle denkbar, wo die beiden Räte sich in der Kommunikation abstimmen müssen. Die Regelung des Bst. n statuiert dabei den Lead des Forschungsrats für die wissenschaftlichen Aspekte und Fragen (vgl. auch Bst. p hiernach).

Bst. p: Im Bereich der Partnerschaften und Kooperationen stimmen sich die Organe Forschungsrat und Stiftungsrat ebenfalls ab. Der Forschungsrat als wissenschaftliches Organ geht solche Kooperationen oder Partnerschaften ein bzw. führt diese. Er muss dabei die übergeordnete Strategie des Stiftungsrats berücksichtigen. In der Praxis wird der Forschungsrat auch weiterhin eng mit der Geschäftsstelle zusammenarbeiten und Geschäfte delegieren, die im Milizsystem des Forschungsrats nicht wahrgenommen werden können. Mitglieder der Geschäftsleitung bzw. der Geschäftsstelle übernehmen bereits heute Vertretungen/Ämter im Rahmen von Partnerschaften und Kooperationen.

Bst. q: Der Forschungsrat regelt seine Organisation, Zuständigkeiten und die Beschlussfassung wie bisher in seinem Organisationsreglement. Unverändert ist zudem, dass der Stiftungsrat dieses Reglement genehmigen muss.

Artikel 10 Vorstand des Forschungsrats: Zusammensetzung, Wahl, Amtsdauer

Die Leitung des Forschungsrats ist dem Gremium Vorstand des Forschungsrats anvertraut. Diesem Leitungsgremium gehören die Präsidentin oder der Präsident sowie 4-5 weitere Forschungsratsmitglieder und die Direktorin oder der Direktor des SNF mit beratender Stimme an. Zwei Mitglieder des Vorstands des Forschungsrats üben die Vizepräsidiums-Funktion aus. Zwei Vizepräsidien entlasten die Präsidentin oder den Präsidenten und erlauben eine Erhöhung der Flexibilität in der Wahrnehmung der umfangreichen Leitungsaufgaben.

Abs. 2: Die Legitimation des Vorstands des Forschungsrats im Gesamt-Forschungsrat ist wichtig. Vielfach werden sich Kandidaturen aus der Mitte des Forschungsrats aufdrängen, bei welchen von der erforderlichen Erfahrung, Profileignung und Anerkennung im Forschungsrat ausgegangen werden kann. Zudem sind Vorschläge vor der Antragstellung an den Stiftungsrat zwingend dem Forschungsrat zur Konsultation zu unterbreiten sind. Der Präsidentin oder dem Präsidenten kommt in der Leitungsfunktion für dieses Gremium eine herausragende Rolle zu. Sie oder er muss folglich ein starkes Gewicht bei der Besetzung des Vorstands des Forschungsrats haben bzw. Fehlbesetzungen möglichst verhindern können. Anders gesagt: Sie oder er muss hinter dem Wahl-Antrag des Vorstands des Forschungsrats an den Stiftungsrat stehen können. Der Vorstand des Forschungsrats wird diesem Umstand bei seinen Wahlanträgen Rechnung tragen. Allfällige abweichende Vorschläge der Präsidentin oder des Präsidenten sind auszuweisen. Für die Vizepräsidentinnen oder Vizepräsidenten ist die Zustimmung der Präsidentin oder des Präsidenten zwingend vorausgesetzt.

Abs. 3: Die Amtsdauer der Mitglieder des Vorstands ist gleich geregelt wie für die Präsidentin oder den Präsidenten des Forschungsrats.

Abs. 4: Es besteht die Möglichkeit, nebst der Präsidentin oder dem Präsidenten (Art. 8 Abs. 6) wenige weitere Forschungsratsmitglieder anzustellen. Die komplexen Anforderungen an einen professionell geführten Forschungsrat können eine solche Lösung nahelegen. Im reinen Milizsystem können diese umfangreichen Leitungsfunktionen nicht geleistet werden. Macht der Forschungsrat von dieser

Möglichkeit Gebrauch, muss der Stiftungsrat entsprechenden Lösungen kraft seiner Genehmigungs-kompetenz für das Organisationsreglement des Forschungsrats zustimmen.

Artikel 11 Vorstand des Forschungsrats: Aufgaben

In Abs. 1 wird der Vorstand des Forschungsrats mit der Wahrnehmung der dem Forschungsrat zugewiesenen Aufgaben beauftragt, was dem bisherigen gültigen Regelungskonzept entspricht (Art. 21 Abs. 3 Statuten SNF 2007). Der Vorstand des Forschungsrats organisiert den Forschungsrat und entscheidet über die Aufgabenteilung innerhalb dieses Organs (Abs. 2). Er stellt die optimale Zusammenarbeit mit den anderen Organen sicher und er ist der hauptsächliche Ansprechpartner für die Delegiertenversammlung (Abs. 3). Für die zentralen Fragen der Förderpolitik, vor allem für die Ausgestaltung des Förderportfolios des SNF, strebt er konsensuale Lösungen an (Abs. 4). Diese statutarische Festlegung bringt die für den SNF grundlegende Verpflichtung «by science for science» stark zum Ausdruck. Schliesslich wird in Abs. 5 festgelegt, dass die Vertretung gegen aussen im Bereich der Förderfragen bzw. wissenschaftlich relevanten Themen dem Vorstand des Forschungsrats obliegt. Die Präsidentin oder der Präsident des Forschungsrats verkörpert mit Blick auf das Kerngeschäft des SNF das «Gesicht des SNF gegen aussen».

Artikel 12 Forschungsrat und Vorstand des Forschungsrats: Arbeitsweise

Die Anzahl der regelmässigen Sitzungen wird flexibel auf die Bedürfnisse der Forschungsratsgeschäfte ausgerichtet und bleibt offen (Abs. 1).

Die Stellvertretungsaufgabe für die Präsidentin oder den Präsidenten wird durch eine oder einen der beiden Vizepräsidien wahrgenommen (Abs. 2).

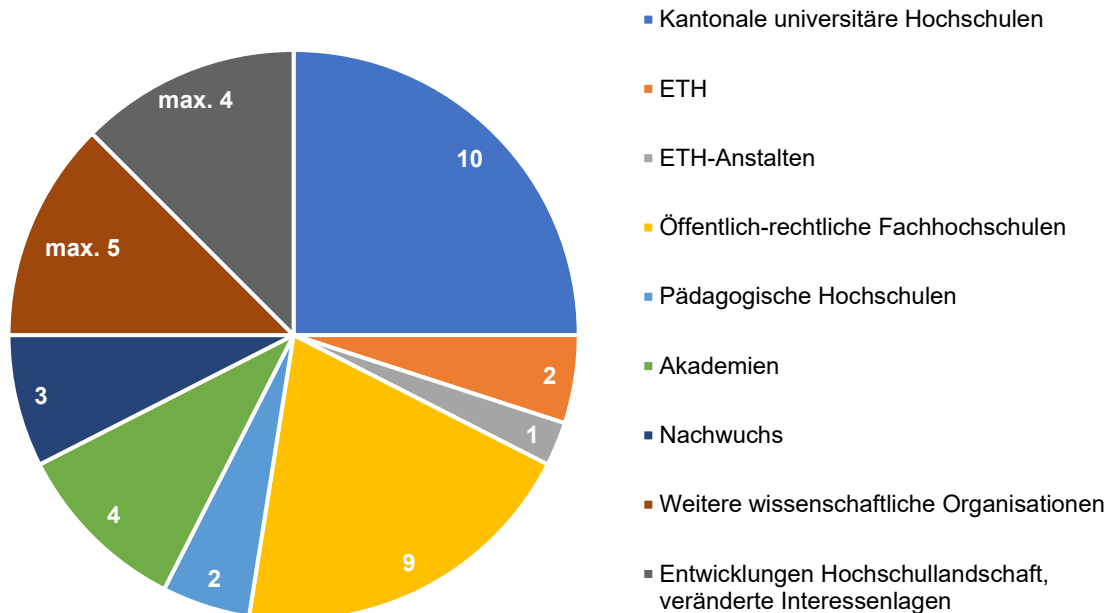
Abs. 3 enthält Bestimmungen zur Beschlussfassung.

Artikel 13 Delegiertenversammlung: Zusammensetzung, Wahl und Amtsdauer

Für das neue Organ der Delegiertenversammlung sind auf Statutenebene die maximale Mitgliederzahl sowie der Kreis der vertretenen Organisationen geregelt (Abs. 1 und 2). Weitgehend entspricht die Zusammensetzung der Delegiertenversammlung derjenigen des bisherigen Stiftungsrats, ohne die vom Bund ernannten Vertreterinnen und Vertreter aus Wirtschaft und Politik allerdings, da der Bund kein Stakeholder des SNF ist. Es erfolgt hier eine notwendige Rollenklärung. Mit einem eigenen Organ für die Stakeholder werden die Rollenkonflikte beseitigt, die aktuell im Stiftungsrat angelegt sind und dazu führen können, dass die Pflicht der Stiftungsräte zur Wahrung der Interessen des SNF erheblich mit der Pflicht zur Interessenwahrung für die delegierenden Institutionen kollidiert. In der Delegiertenversammlung können die Stakeholder gezielt mitwirken und Knowhow sowie die Kulturen der verschiedenen Stakeholder-Gruppen einbringen, was explizit erwünscht ist. Die Besetzung der Sitze erfolgt im Delegationssystem (Abs. 3) bzw. durch Wahlen (Abs. 4) für die Kategorien der Nachwuchsorganisationen sowie der anderen wissenschaftlichen Organisationen (Abs. 2 Bst. g und h). Unter die Kategorie gemäss Abs. 2 Bst. h fallen nichtkommerzielle Forschungsstätten ausserhalb des Hochschulbereichs; es können auch andere als akkreditierte öffentlich-rechtliche Institutionen des Hochschulbereichs sowie die vom Bund unterstützten Forschungseinrichtungen von nationaler Bedeutung in dieser Kategorie Aufnahme in die Delegiertenversammlung finden. Die fünf Sitze der Kategorie h können nicht durch Vertretungen von Institutionen mit Sitzgarantien (Bst. a-g) besetzt werden.

Abs. 2 Bst. a-f garantiert den Haupt-Stakeholdern des SNF feste Sitze in der Delegiertenversammlung. Diese Stakeholder delegieren ihre Vertreterinnen und Vertreter direkt (Abs. 3). Die Delegiertenversammlung setzt sich zahlenmässig wie folgt zusammen:

Delegiertenversammlung: höchstens 40 Mitglieder



Flexibilität in der Zusammensetzung wird mit der Sitzreserve gemäss (Abs. 6) erreicht. Der Stiftungsrat kann Entwicklungen Rechnung tragen und neue Interessenvertretungen zulassen. Für Entwicklungen im Hochschulbereich besteht eine Reserve von 4 Sitzen.

Die für das Organ Delegiertenversammlung geltende Vertretungs- bzw. Delegiertenlogik bringt es mit sich, dass eine grössere Anzahl von Institutionen an der Selektion der Mitglieder beteiligt ist. Diese delegieren unabhängig voneinander. Eine Geschlechterquote würde diese Unabhängigkeit einschränken, weshalb auf eine solche verzichtet wird. Für jene Mitglieder, welche die Delegiertenversammlung selbst auswählt, soll einer angemessenen Diversität der Geschlechter Rechnung getragen werden, ohne fixe Quoten-Vorgabe (Abs. 5).

In den Bestimmungen der Absätze 7 bis 9 wird für die Delegiertenversammlung eine Leitungsstruktur mit einem Büro analog dem parlamentarischen Modell eingerichtet, die Amtsdauer auf vier Jahre mit einmaliger Wiederwahlmöglichkeit festgelegt sowie die für alle Organe geltende Abberufungsmöglichkeit statuiert. Die Abberufungszuständigkeit des Stiftungsrats ist auch für ein Organ mit Vertretungslogik angebracht, beaufsichtigt doch der Stiftungsrat alle Organe, einschliesslich der Delegiertenversammlung. Kraft dieses Aufsichtsrechts trifft er einen allfälligen Abberufungsentscheid betreffend die Mitglieder der Delegiertenversammlung. Diese hat das Antragsrecht. Die Abberufung von Organmitgliedern ist eine Ultima Ratio. Sie muss in einer zeitgemässen Stiftungs-Governance für jedes Organ statutarisch verankert werden.

Art. 14 Delegiertenversammlung: Aufgaben

Die Delegiertenversammlung der Stakeholder verfügt über explizite Rechte und ist so ausgelegt, dass die Stakeholder effektiv Einfluss nehmen können. Der SNF stärkt damit die Stakeholder und

gewinnt umgekehrt kanalisiert und transparent wertvolle Beiträge für die Ausgestaltung einer bedürfnisgerechten Förderpolitik. Die Transparenz mit Bezug zu den Anliegen und Inputs der Stakeholder dient beiden Seiten: den Stakeholdern, die darüber informiert sind, welche Anliegen und Standpunkte die anderen Stakeholder einbringen und dem SNF, der die Anliegen gesammelt entgegennehmen kann (Abs. 1 und 2).

Abs. 3 regelt Rechte und Mitwirkungsmöglichkeiten der Delegiertenversammlung. Bst. a und b betreffen die Mehrjahresplanung des SNF. Die Delegiertenversammlung kann Empfehlungen zur Mehrjahresplanung abgeben und das Mehrjahresprogramm zudem an den Forschungsrat zurückweisen. Es müssen wichtige Gründe für eine solche Zurückweisung vorliegen, namentlich Umstände, die in einer offensichtlichen Verletzung wichtiger Grundsätze oder grundlegenden Nichtbeachtung wichtiger Bedürfnisse der Stakeholder liegen. Da die Stakeholder in der Erarbeitung der Mehrjahresplanung mitwirken, werden Zurückweisungsgründe in aller Regel gar nicht erst entstehen. Der Forschungsrat legt das Mehrjahresprogramm vor seiner Antragstellung an den Stiftungsrat den Delegierten vor und kann gegebenenfalls vor der Weiterleitung an den Stiftungsrat eine überarbeitete Fassung des Programms erstellen, in welcher er den Anliegen aus der Delegiertenversammlung Rechnung trägt.

Bst. c von Abs. 3 gibt der Delegiertenversammlung Mitwirkungsmöglichkeiten bei erheblichen Anpassungen des Förderinstrumentariums des SNF. Dazu zählen neue Angebote oder wesentliche Neuausrichtungen bestehender Angebote. Sodann zielt das Initiativrecht (Bst. d) auf die Anregung von Massnahmen und Ideen strategischer Art mit erheblicher Auswirkung auf die Beitragsempfängerinnen und Beitragsempfänger des SNF. Dieses Antragsrecht ist ebenfalls ein starkes Mitwirkungsrecht der Delegiertenversammlung und erlaubt den Stakeholdern eine aktive Mitgestaltung. Die Mitwirkung in Wahlgremien und Arbeitsgruppen durch Mitglieder der Delegiertenversammlung (Bst. e und f) sowie das Informationsrecht (Bst. g) runden die Aufgaben ab. Die Delegierten sind für den Informationsfluss an die Organisationen, die sie vertreten, verantwortlich. Ein Recht auf Mitwirkung besteht, wie ausgeführt, bei Arbeitsgruppen für die Mehrjahresplanung, diesem zentralen Planungsdokument mit der grundsätzlichen strategischen Ausrichtung der Fördertätigkeit des SNF.

Abs 5: Die Detailregelungen für die Aufgabenerfüllung der Delegiertenversammlung erlässt der Stiftungsrat im Stiftungsreglement.

Art. 15 Delegiertenversammlung: Arbeitsweise

Die Anzahl der Sitzungen ist auf die Bedürfnisse der Delegiertenmitwirkung ausgerichtet. Zwei Sitzungen pro Jahr sind die Regel, weitere können dringlich einberufen werden. Ergänzend sind schriftliche Vernehmlassungen möglich (Abs. 1).

Die Bestimmung eines Vizepräsidiums zwecks Sicherstellung der Leitung der Delegiertenversammlung bei Verhinderung der Präsidentin oder des Präsidenten wird geregelt (Abs. 2).

Abs. 3 enthält Bestimmungen zur Beschlussfassung.

Art. 16 Geschäftsleitung: Wahl und Zusammensetzung

Die Geschäftsleitung des SNF ist wie bisher die Geschäftsstelle ein mehrköpfiges Organ. Es ist lediglich eine Mindestzahl der Mitglieder statutarisch festgelegt, was die Flexibilität erhöht. Die Geschäftsleitung setzt sich aus einer Direktorin oder einem Direktor und mindestens zwei weiteren Mitgliedern zusammen

Abs. 2: Die Direktorin oder der Direktor wird durch den Stiftungsrat gewählt. Die Zusammenarbeit der Leitung des Forschungsrats mit der Geschäftsleitung ist im Rahmen der Abwicklung des Kerngeschäfts des SNF essentiell, weshalb die Präsidentin oder der Präsident des Forschungsrats wie bisher bei der Wahl durch den Stiftungsrat mitstimmt (Art. 6 Abs. 2 Bst. I). Die Direktorin oder der Direktor gehört dem Vorstand des Forschungsrats mit beratender Stimme an (Abs. 6).

Abs. 4: Die Geschäftsleitung leitet die Geschäftsstelle in gemeinsamer Verantwortung und unter dem Vorsitz der Direktorin oder des Direktors. Die oder der Präsidentin oder Präsident des Stiftungsrats ist die oder der Vorgesetzte der Direktorin oder des Direktors (Abs. 5).

Abs. 7: Das Abberufungsrecht des Stiftungsrats erstreckt sich auf alle Organe (Ausnahme: die Revisionsstelle), mithin auch auf die Geschäftsleitung. Da Geschäftsleitungsmitglieder in einem Anstellungsverhältnis zum SNF stehen, würden im Fall ihrer Abberufung ihre Arbeitsverhältnisse aufgelöst.

Art. 17 Geschäftsleitung: Aufgaben

Abs. 1: Die Aufgabe der Geschäftsleitung ist es, die Geschäftsstelle zu leiten und die operativen Tätigkeiten des SNF sicherzustellen. Die Verwaltungsaufgaben beinhalten sämtliche Aufgaben der operativen Geschäftsführung, darunter die Rechnungsführung und -legung und die weiteren Verwaltungshandlungen der Stiftung im Sinne von Absatz 2.

Abs. 2: Die Geschäftsleitung hat die Prozessverantwortung für das Kerngeschäft des SNF, d.h. die Forschungsförderung. Sie stellt zusammen mit dem Personal der Geschäftsstelle die gesamte Fördertätigkeit der Stiftung sicher. Der aufgelistete Aufgabenkatalog garantiert die Qualität und das einwandfreie Funktionieren der Organisation. Die Aufgaben beinhalten sämtliche Aufgaben der Geschäftsführung einer Stiftung.

Unter Bst. a-f. sind die Aufgaben explizit ausgeführt, die mit Fördertätigkeit des SNF zusammenhängen.

Bst. g-l führen die weiteren Aufgaben an, die von der Geschäftsleitung verantwortet werden. Generell obliegen dieser die Ausführung der an sie durch Stiftungsrat und Forschungsrat delegierten Geschäfte. Sie muss ausserdem für Massnahmen im Bereich der internen Kontrolle und Compliance sorgen. Die autonome Verwaltung der Zuwendungen Privater ist ebenfalls eine Aufgabe der Geschäftsleitung. Der SNF verwendet die von der Bundesverwaltung periodisch ausgerichteten Tranchen zugunsten der gesprochenen Förderungen. In Art. 6 Abs. 2 Bst. w ist geregelt, dass der Stiftungsrat die Strategie und Bestimmungen zur Anlage und Verwendung privater Zuwendungen beschliesst. Die Geschäftsleitung handelt im Rahmen dieser Vorgaben.

Die Sicherstellung der erforderlichen Ressourcen der Geschäftsstelle, sowohl personell und infrastrukturell (Sitz der Geschäftsstelle), wird von der Geschäftsleitung verantwortet, wobei dazu

die Personalrekrutierung sowie Personalführung gehören. Schliesslich erlässt die Geschäftsleitung die verschiedenen Regelungen in ihrem Aufgabenbereich.

Der Stiftungsrat beaufsichtigt alle Organe (Art. 6 Abs. 2 Bst. a) und demzufolge auch die Geschäftsleitung hinsichtlich der in diesem Artikel geregelten Aufgaben.

Abs. 3: Die Geschäftsleitung nimmt im Sinne einer Generalklausel jene Aufgaben wahr, die keinem anderen Organ zugeteilt sind. Es ist eine Regelung analog zu Pro Helvetia (Art. 35 KFG).

Art. 18 Geschäftsleitung: Arbeitsweise

Die Statuten regeln die Grundsätze der Geschäftsführung, denen sich die Geschäftsleitung verpflichtet (Abs. 1). Die übergeordneten Aufgaben betreffen dabei die öffentlich-rechtlichen Aufgaben der Forschungsförderung.

Abs. 2: in Analogie zu Pro Helvetia (Art. 7 Abs. 1 Geschäftsordnung Pro Helvetia) formuliert: die Geschäftsstelle ist so organisiert, dass sämtliche Geschäftsbereiche abgedeckt werden können.

Art. 19 Revisionsstelle

Es ist am Stiftungsrat, die Revisionsstelle zu bezeichnen. In der Praxis wird das Mandat heute durch die eidgenössische Finanzkontrolle wahrgenommen.

Art. 20 Finanzen

Die Bestimmungen zu den Finanzen in der nunmehr aufzuhebenden Stiftungsurkunde vom 26.4.2002 betreffend das Stiftungskapital und dessen Erhaltung sind in Abs. 1 übernommen. Die Pflichten der Stiftung im Zusammenhang mit der Bundesfinanzierung unter Hinweis auf die Reserveregulierung des FIFG und eine Bestimmung zu den der Stiftung obliegenden Entscheide zu Investitionen sind in den Abs. 2-4 enthalten.

Abschnitt IV – Schlussbestimmungen

Art. 21 Aufhebung bisherigen Rechts

Die totalrevidierten Statuten treten an die Stelle der bisherigen Statuten. Überdies wird die Stiftungsurkunde formal aufgehoben (vgl. dazu die einleitenden Ausführungen zur Zusammenführung von Stiftungsurkunde und Statuten, welche auf Anregung der Eidgenössische Stiftungsaufsicht ESA erfolgt). Der Inhalt der Stiftungsurkunde wird im Wesentlichen in die Statuten überführt.

Art. 22 Anpassung der Rechtsgrundlagen

Die Rechtsnachführungen, welche aufgrund der neuen Statuten notwendig werden, sind innerhalb von 12 Monaten ab dem Inkrafttreten abzuschliessen. Diese Übergangsfrist ist erforderlich, damit die neu konstituierten Organe entsprechende Beschlüsse fassen können.

Art. 23 Übergangsbestimmungen zu den Organen

In den Schlussbestimmungen wird der amtierende Stiftungsratsausschuss mit der Regelung der Wahl des ersten Stiftungsrats auf der Grundlage der neuen Statuten betraut. Dabei ist auf eine ausgewogene Zusammensetzung mit breiter Kompetenz-Abdeckung zu achten. Personen mit geeignetem Profil und guter Verfügbarkeit für das Amt zu suchen, ist die Aufgabe des Stiftungsratsausschusses. Eine gewisse Erneuerung von aussen ist angezeigt. Aus Kontinuitätsgründen können zwar

bisherige Mitglieder von Stiftungsrat und Ausschuss gewählt werden, jedoch nur, wenn sie am 31.12.2023 höchstens 4 Jahre Mitglied im Stiftungsrat oder im Ausschuss waren. Ihre persönliche Amtszeit bis 31.12.2023 wird angerechnet.

Die Übergangsbestimmungen zum Forschungsrat decken das Übergangsjahr 2024 ab. Amtierende Forschungsräte, deren maximale Amtszeit am 31.12.2023 noch nicht abgelaufen ist, können 2024 im Amt bleiben. Im ersten Jahr mit der neuen Ordnung gestalten sie die Übergangszeit mit und sorgen damit für eine Kontinuität und die Sicherstellung der Gesuchs-Evaluation. Eine Weiterführung der Ämter im Jahr 2025 ist bei Bedarf möglich. Für die Transition bedarf es voraussichtlich mehr als ein Übergangsjahr. Die Übergangsbestimmungen stellen deshalb sicher, dass das Jahr 2025 dafür zur Verfügung steht.

Der neu konstituierte Stiftungsrat leitet in seinem ersten Amtsjahr 2024 zur neuen Ordnung über, welche per 1.1.2025 in den Grundsätzen etabliert sein muss. Er kann Ausnahmemöglichkeiten für Transitionsmassnahmen für den Forschungsrat im Jahr 2025 beschliessen, da solche für die Sicherstellung der Fördertätigkeit erforderlich sein könnten.

Das neue Organ Delegiertenversammlung wird im Laufe des Jahres 2024 seine Arbeit aufnehmen. Verantwortlich für die Vorbereitung und Durchführung der Konstituierung ist der per 1.1.2024 neu gewählte Stiftungsrat.

Art. 24 Inkrafttreten

Bis zum Inkrafttreten der neuen Statuten am 1.1.2024 verbleibt nach der Genehmigung durch den Bundesrat ein Zeitfenster von rund 7 Monaten für die verschiedenen Transitionsmassnahmen. Damit am 1.1.2024 der Übergang zur neuen statutarisch festgelegten Organisation an die Hand genommen werden kann, muss der die Verantwortung tragende neue Stiftungsrat sein Amt antreten können. Der Stiftungsrat sollte im letzten Trimester 2023 gewählt sein, damit er am 1.1.2024 handlungsfähig ist. Die Übergangsbestimmungen zur Besetzung des ersten Stiftungsrats treten deshalb vorab in Kraft (mit der Bundesrats-Genehmigung für die Statuten).

Art. 25 Veröffentlichung

Die Statuten werden in Form eines Verweises in der Amtlichen Sammlung des Bundesrechts veröffentlicht. Der SNF veröffentlicht die Statuten und diesen Kommentar zudem auf seiner Webseite.

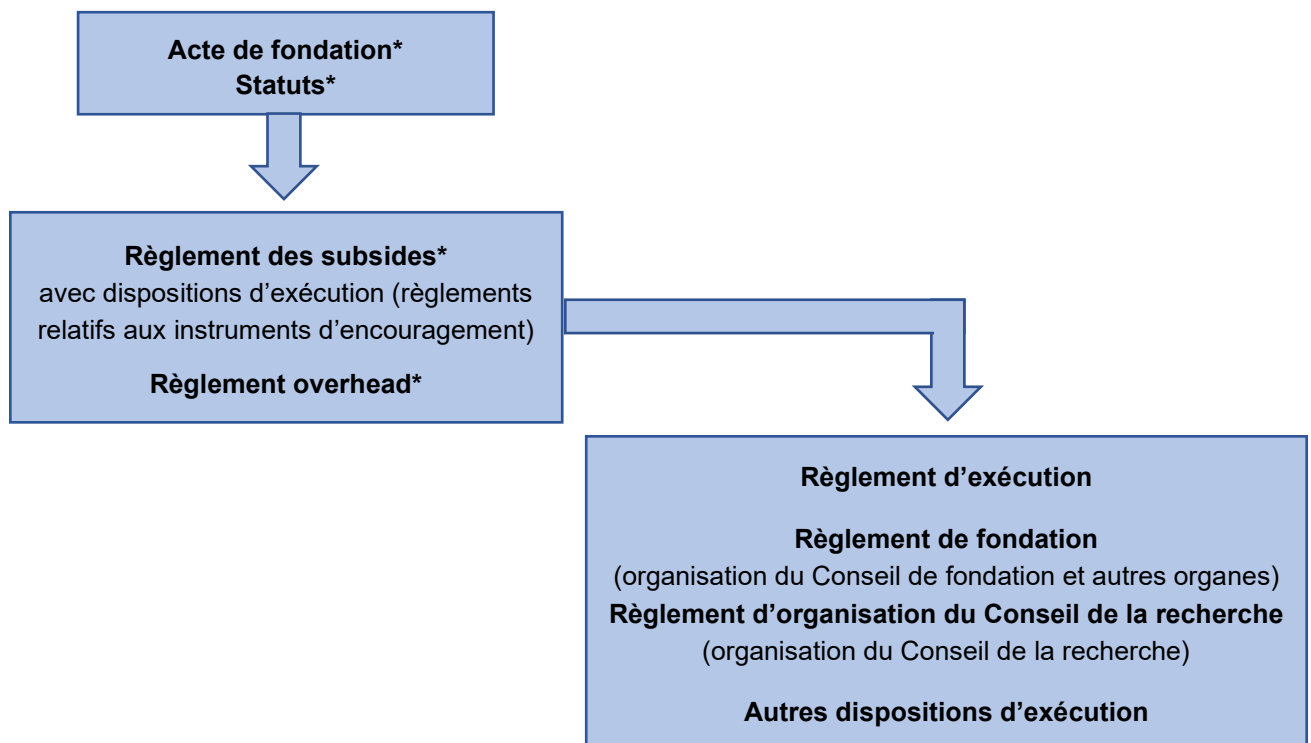
[Dieser Kommentar ist am 10. Mai 2023 vom Stiftungsrat des SNF beschlossen worden.](#)

Commentaire sur la révision totale des statuts du FNS

Introduction à la révision totale des statuts du FNS

Les statuts du FNS forment pour ainsi dire sa « constitution ». Le concept de réglementation du FNS comprend des dispositions d'exécution qui régissent tant son organisation (organes) que la procédure d'octroi de subsides (en s'appuyant sur les principes du droit administratif et de procédure définis notamment dans la LERI¹ et la PA²). Les statuts sont subordonnés à l'approbation du Conseil fédéral, de même que les règlements régissant des tâches pour lesquelles des moyens de la Confédération sont utilisés. L'édition de dispositions d'exécution de portée mineure sur les statuts et règlements soumis à approbation peut être déléguée à des organes subordonnés. Ces dispositions sont exemptées de l'approbation du Conseil fédéral (art. 9, al. 3, LERI).

*Approbation par le Conseil fédéral



Conformément au mandat du Conseil de fondation, il convient que l'organisation définie dans les statuts soit à la fois souple et légère afin que le FNS puisse réagir avec agilité et rapidité aux évolutions intervenant dans le domaine de la science et de la recherche, mais aussi aux mandats de la Confédération. La présente révision des statuts a pour vocation d'établir une base statutaire qui règle

¹ RS 420.1

² RS 172.021

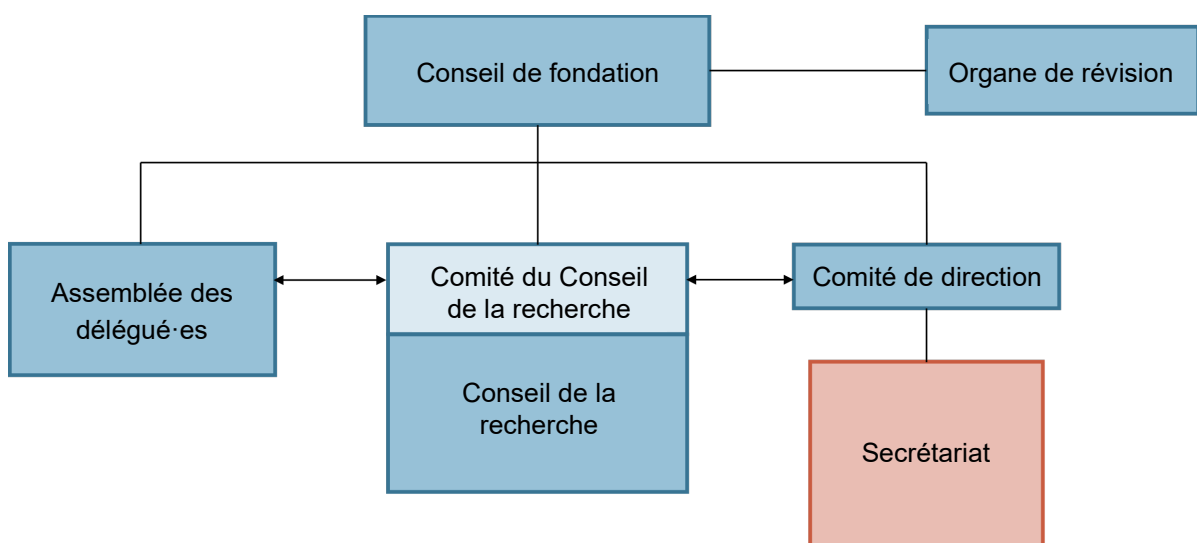
de manière optimale le fonctionnement du FNS en matière de gouvernance et d'organisation, au moins pour la décennie à venir. Dans cette perspective, les dispositions adoptées au niveau statutaire énoncent des principes supérieurs sous la forme de réglementations condensées et exhaustives. Au niveau exécutoire, le Conseil de fondation et le Conseil de la recherche édictent les règlements dont l'élaboration s'inscrit dans le cadre des statuts auxquels ils sont subordonnés. Le règlement de fondation et le règlement d'organisation pour le Conseil de la recherche constituent ce faisant le règlement d'exécution dont l'adoption relève de la compétence du FNS.

Aperçu des cinq organes du FNS

Cadre bleu : organe du FNS

Lignes simples : ordre hiérarchique (le Comité du Conseil de la recherche fait partie du Conseil de la recherche)

Flèches : principales collaborations



Fusion de l'acte de fondation et des statuts

À l'occasion de la révision totale des statuts, l'Autorité fédérale de surveillance des fondations (AFS) s'est prononcée en faveur d'une fusion des statuts et de l'Acte de fondation qui existait jusqu'alors séparément. Les statuts contiennent donc désormais une introduction portant sur la création de la fondation en 1952. Les redondances entre l'Acte de fondation et les statuts se trouvent ainsi éliminées. Les précédentes dispositions de l'Acte de fondation relatives au but, au capital de fondation, aux revenus et à l'organisation sont réglementées dans les sections correspondantes des statuts. L'Acte de fondation est abrogé dans les dispositions finales.

Pilotage et défense des intérêts publics par la Confédération

À travers la LERI, la Confédération a chargé le FNS d'accomplir la mission de droit public que constitue l'encouragement de la recherche scientifique. Il s'agit d'une délégation dans le cadre de laquelle s'inscrivent les activités du FNS. En tant qu'« organisation de la science pour la science », le FNS assume ces tâches dans un cadre d'autonomie scientifique (art. 9, al. 1, LERI) et dans le respect de l'indépendance de la fondation et de la liberté scientifique. La Confédération alloue au FNS des indemnités afin qu'il puisse accomplir ce mandat de droit public. Il convient donc de régler les tâches de pilotage et de contrôle ainsi que la défense des intérêts de la Confédération. Par ailleurs, il faut également prendre en considération que le FNS nécessite un cadre d'autonomie suffisamment vaste pour accomplir efficacement les tâches qui lui incombent. Permettre une action autonome et

responsable du délégataire est essentiel si l'on souhaite garantir l'efficacité, l'impact et le succès de la mission qui lui est confiée. En d'autres termes, il doit pouvoir exploiter ses connaissances spécifiques et son expérience pour mettre à disposition des processus et des formes d'organisation techniquement pertinents. Il s'assure ainsi que les décisions d'experts complexes sont dotées de la légitimité nécessaire, ce qui constitue la clé de la délégation de tâches de droit public à une organisation privée.

Éléments du **pilotage par la Confédération** :

- personnel : **élection de la présidente ou du président du Conseil de fondation sur proposition du FNS ; membre ex officio sans droit de vote de la représentante ou du représentant du SEFRI au Conseil de fondation**
- contenu : **devoir de planification avec programme pluriannuel obligatoire, convention de prestations avec le SEFRI et mandats supplémentaires, approbation du plan annuel d'encouragement par le SEFRI**
- finances : **message FRI du Conseil fédéral au parlement, arrêtés de financement et budget conformément aux décisions parlementaires**
- contrôle : **approbation des statuts, du règlement des subsides et du règlement overhead par le Conseil fédéral**

Ces éléments de pilotage correspondent fondamentalement à la réglementation actuelle. La révision des statuts ne les modifie en rien. Les aspects inhérents au pilotage et au contrôle exercés par la Confédération sont prescrits par la base légale sur laquelle se fondent les activités du FNS, c'est-à-dire par la LERI. Du fait de la réduction de la taille du Conseil de fondation et de sa professionnalisation, celui-ci ne comprendra plus de représentantes et représentants de l'économie et de la politique désignés par le Conseil fédéral. Néanmoins, une représentante ou un représentant du Secrétariat d'État à la formation, à la recherche et à l'innovation (SEFRI) a été inscrit en tant que membre ex officio dans les statuts et l'élection de la présidente ou du président du Conseil de fondation relève de la compétence du Conseil fédéral. Pour des raisons de gouvernance, la ou le membre du Conseil de fondation issu-e du SEFRI ne disposera plus du droit de vote, mais la surveillance du FNS incombe de fait au SEFRI. Exception faite de cette nouveauté, la Confédération continue d'assurer la protection de ses intérêts vis-à-vis du FNS grâce aux outils de pilotage et de contrôles précédemment mentionnés. En pratique, il en résulte une réduction de la charge supportée par l'administration fédérale en ce qui concerne la composition des organes, évolution qui a été saluée en amont de la révision des statuts.

Évaluation du FNS par le Conseil suisse de la science (CSS) (rapport final du 04.10.2022)

Les conclusions et recommandations du CSS quant à la gouvernance du FNS ont été prises en compte dans la présente ébauche pour la révision totale des statuts. Les réflexions du CSS rejoignent largement celles du FNS, réflexions qui avaient incité le Conseil de fondation et son Comité à engager une révision totale des statuts en 2020/21. Les recommandations suivantes avaient en particulier été formulées :

<p>Rapport final du CSS du 04.10.2022 « Évaluation du Fonds national suisse » ; p. 20 (traduction de l'allemand)</p>	<p>Prise en compte des aspects relatifs à la gouvernance et à l'organisation du FNS dans les statuts révisés</p>
<p>Le FNS devrait développer une stratégie de portefeuille en concertation avec les acteurs FRI et notamment les hautes écoles et la soumettre pour approbation au Conseil de fondation.</p>	<p>À travers l'organe que constitue l'Assemblée des délégué-es, le FNS instaure une base officielle qui permet aux parties prenantes de participer de manière centralisée et transparente aux décisions et évolutions fondamentales du FNS. Les délégué-es issu·e·s du cercle formé par les institutions et les groupes d'intérêts entretenant un rapport avec les activités du FNS s'en trouvent renforcés dans leurs compétences et l'influence qu'ils peuvent effectivement exercer. Ils disposent notamment d'un droit à l'information et à la prise en compte de leur point de vue dans les processus décisionnels du FNS. Cette implication se décline sous différentes formes : groupes de travail, consultations/prises de position, influence sur la planification pluriannuelle, droit de présenter des initiatives et des requêtes, de déléguer des membres au sein d'organes sélectionnés du FNS (p. ex. commissions d'élection du Conseil de fondation et du Conseil de la recherche).</p>
<p>Il est recommandé au FNS d'améliorer la transparence dans tous les processus décisionnels (ainsi que dans la nomination de la présidente ou du président du Conseil de la recherche, des membres du Conseil de la recherche, du Conseil de fondation et des organes d'évaluation).</p>	<p>Au niveau statutaire, les tâches des cinq organes du FNS sont clairement délimitées et réparties, notamment dans le domaine stratégique. Leur composition répond à des dispositions claires et transparentes. La recommandation du comité de conformité du FNS, qui prônait que la sélection des membres du Conseil de fondation fasse l'objet d'une procédure plus transparente et indépendante (recours à une expertise externe), a été mise en œuvre. Les statuts contiennent les dispositions correspondantes, instaurant une procédure de sélection fondée sur ces valeurs de référence.</p>
<p>La présidence du Conseil de la recherche du FNS devrait être renforcée, exercée à temps plein et dotée d'un pouvoir exécutif. La personne appelée à exercer ces fonctions devrait être élue en raison de son excellence scientifique.</p>	<p>Le Conseil de la recherche voit ses compétences en matière de stratégie d'encouragement clairement renforcées. Le rôle de la présidente ou du président demeure de première importance : elle ou il incarne le visage de la science telle que la conçoit le FNS et représente les aspects scientifiques de l'organisation tant vis-à-vis des tiers que des autorités, notamment du SEFRI. Les membres du Comité de direction du Conseil de la recherche peuvent bénéficier d'un engagement à temps partiel ou à temps plein. Ceci leur permet de mieux répartir la charge de travail qui leur incombe et de concilier de manière optimale l'exercice de leur mandat et de leurs activités de recherche.</p>
<p>Il est recommandé que la taille du Conseil de fondation soit réduite afin qu'il puisse contribuer de manière adéquate et efficace aux processus consultatifs et décisionnels relatifs aux nouvelles initiatives et stratégies. Il convient par ailleurs de s'assurer que le FNS est en phase avec les normes internationales de gouvernance.</p>	<p>La réduction de la taille du Conseil de fondation et sa professionnalisation seront mises en œuvre avec la révision des statuts. Le Conseil de fondation est l'organe suprême du FNS. Il exerce la direction générale de la fondation, veille à maintenir son but, est responsable des décisions stratégiques globales et supervise les autres organes.</p>

Rapport final du CSS du 04.10.2022 « Évaluation du Fonds national suisse » ; p. 20 (traduction de l'allemand)	Prise en compte des aspects relatifs à la gouvernance et à l'organisation du FNS dans les statuts révisés
Le FNS devrait créer un comité stratégique permanent faisant office de sounding board constitué de conseillers externes. Il aurait pour fonction de rendre compte au Conseil de fondation et serait composé de partenaires FRI, d'acteurs internationaux et de la présidente ou du président du Conseil de la recherche.	Le FNS est actuellement accompagné par un comité scientifique (Advisory Board) international. La révision des statuts donne désormais au Conseil de fondation et au Conseil de la recherche la possibilité de faire appel à un regard extérieur pour juger des évolutions et stratégies à mettre en place au moyen de différentes mesures, et assurer ainsi la qualité de l'encouragement de la recherche et la pérennité du FNS. L'institution d'un comité scientifique constitue l'une de ces possibilités. La collaboration avec différents organes spécialisés au plan national et international et la réalisation d'évaluations portant sur des thèmes/mesures/instruments particuliers comptent parmi les autres possibilités qui s'offrent au FNS pour promouvoir son développement de manière optimale.

Concept de réglementation

Les statuts totalement révisés comportent des dispositions qui revêtent une importance primordiale. Comme cela était déjà le cas, le concept de réglementation poursuit l'objectif de concentrer au niveau statutaire les fondements légaux quant au but, aux principes, à l'organisation et aux finances du FNS. Les statuts ont gagné en lisibilité et en clarté par le fait que les dispositions relatives aux organes que constituent le Conseil de fondation, le Conseil de la recherche, l'Assemblée des délégué·es et le Comité de direction sont élaborées de manière analogue et réparties selon trois thématiques respectivement intitulées « composition, nomination, durée de mandat – attributions – fonctionnement ». L'organisation dispose par ailleurs de plus de flexibilité dans la mesure où le nombre de membres des organes est désormais défini par fourchettes. Cette conception apporte aux statuts la simplification désirée tout en clarifiant et délimitant les compétences des organes de la fondation. Dépassant à peine vingt, le nombre d'articles offre une vue d'ensemble claire et intelligible.

Comparaison par rapport aux précédents statuts

Le concept de réglementation sur lequel s'appuient les statuts révisés du FNS est similaire à celui sur lequel se fondaient les statuts de 2007 et les modifications intervenues en 2012 et 2015. Si la structure de gouvernance du FNS a nettement gagné en clarté et concision lors de la révision totale des statuts, les tâches sous-jacentes demeurent largement les mêmes. Voici les principales adaptations :

- L'attribution des tâches aux différents organes a été précisée et correspond désormais mieux aux bonnes pratiques en matière de gouvernance des fondations.
- De par sa taille actuellement très imposante (45 membres), le Conseil de fondation représente des intérêts variés, ce qui pourrait induire des conflits de rôles. Il a été répondu à cette problématique en réduisant sa taille et en créant un nouvel organe sous la forme d'une Assemblée des délégué·es au sein de laquelle les parties prenantes peuvent faire valoir leurs intérêts légitimes de manière adaptée.
- L'organe scientifique qu'est le Conseil de la recherche a été renforcé dans sa compétence en matière de stratégie d'encouragement. Les statuts permettent une organisation qui prend en considération les évolutions (évaluation par des comités) et se voit dotée de la flexibilité nécessaire pour relever les défis futurs. La sélection des membres du Conseil de

la recherche peut par ailleurs s'effectuer dans une plus grande indépendance et en faisant appel à une expertise externe, ce qui répond aux exigences formulées en matière de conformité. La commission électorale du Conseil de la recherche remplace la procédure jusqu'alors en place qui était basée sur le principe de l'auto-nomination du Conseil de la recherche et satisfait ainsi aux normes d'une bonne gouvernance.

- Le Comité de direction demeure l'organe opérationnel de la fondation constitué de plusieurs membres. Afin d'assurer une continuité juridique, sa composition est définie de manière flexible et établie à trois membres au minimum.
- Enfin, le contrôle exercé par la Confédération continue d'être assuré. Du fait de la réduction de la taille du Conseil de fondation, il n'y siègera plus de représentant·es de l'économie et de la politique nommés par le Conseil fédéral. Néanmoins, le Conseil fédéral élit la présidente ou le président sur proposition du FNS et le SEFRI désigne un membre ex officio pour le représenter au sein du Conseil de fondation.

Conséquences financières

La révision des statuts dote le FNS d'une structure qui instaure une répartition clairement définie des tâches entre les organes, tout en prenant en considération un catalogue de missions adapté à la taille respective de chaque organe. Cette nouvelle forme de gouvernance exercera une influence positive sur les coûts dans la mesure où le nombre de membres du Conseil de fondation et du Conseil de la recherche a été révisé à la baisse, et où l'indemnisation globale accordée à l'organe représentant les intérêts des parties prenantes (l'Assemblée des délégué·es), ne devrait pas dépasser celle du Conseil de fondation actuellement en place. Les textes ne prévoient plus de commissions de recherche locales, mesure qui est déjà mise en œuvre depuis le 1^{er} janvier 2021. En ce qui concerne les coûts individuels des organes, il convient notamment de noter que :

- La taille du Conseil de fondation a été réduite de 45 à 7-11 membres et le Comité du Conseil de fondation a été supprimé. Si le régime d'indemnisation demeure le même, les coûts du nouveau Conseil de fondation devraient approximativement correspondre à ceux du Comité du Conseil de fondation jusqu'alors en place. En ce qui concerne les grandes fondations, la pratique tend à se répandre d'indemniser de manière appropriée la bonne gestion. Il est par conséquent envisageable que les dépenses connaissent une hausse modérée, mais cette augmentation sera « compensée » par la baisse des indemnités liées au Conseil de la recherche.
- Du fait de sa composition limitée à 40 membres, l'Assemblée des délégué·es nouvellement créée atteindra un niveau de coûts similaire à celui de l'ancien Conseil de fondation doté de 45 membres.
- Le nombre de membres du Conseil de la recherche connaît une réduction notable, de l'ordre d'au moins un cinquième. Une nouvelle fourchette de 30 à 80 membres se substitue à la centaine de sièges que comptait jusqu'alors cet organe, ce qui entraînera une baisse des indemnités et des contributions de décharge fixes. Si les indemnités des expert·es (membres de panels) pourraient augmenter par suite du plus faible nombre de conseillers, cette augmentation demeurera en deçà de la somme qui était précédemment versée pour au moins 20 sièges au Conseil de la recherche qui disparaîtront.
- Le Conseil de la recherche sera à l'avenir dirigé par le Comité du Conseil de la recherche, au sein duquel œuvreront au maximum six scientifiques qui viendront remplacer les huit membres de la précédente présidence du Conseil de la recherche. Même si le Conseil de fondation fait usage de la possibilité d'engager à temps partiel, ou à temps plein, certains membres du

Comité du Conseil de la recherche au FNS, le montant total des indemnités allouées à cet organe de direction n'augmentera pas. Jusqu'alors, un engagement était exclusivement prévu pour la présidente ou le président du Conseil de la recherche.

- La révision des statuts n'aura pas de répercussions financières directes pour le Comité de direction et le Secrétariat. Leurs coûts devraient se maintenir à un niveau similaire à celui atteint durant la période administrative en cours dans le cadre du budget administratif.
- D'un point de vue global, cette optimisation fonctionnelle de l'organisation permettra au FNS de remplir les tâches qui lui incombent avec davantage de souplesse et d'efficacité. Il en ressortira, au sein de l'Assemblée des délégué·es, des contacts plus fournis entretenus avec les représentant·es des parties prenantes et un traitement de leurs demandes plus efficient et plus ciblé. Par ailleurs, la rationalisation du fonctionnement des organes que sont le Conseil de fondation et le Conseil de la recherche devrait également induire une réduction des dépenses.
- Dans l'ensemble, la révision n'exercera aucune influence négative sur la limite supérieure définie pour le budget de la convention de prestations conclue entre le SEFRI et le FNS pour la période 2021-2024. Ces coûts ne représentent actuellement pas plus de 7% du montant total des contributions fédérales (frais overhead non compris). Le budget défini dans le cadre de la convention de prestations demeurera adapté à la nouvelle structure organisationnelle du FNS.

Compétences électorales des organes

Conseil de fondation : membres	<i>Conseil de fondation sur proposition de la commission électorale du Conseil de fondation, laquelle est instituée par le Conseil de fondation</i>
Conseil de fondation : présidente/président	Conseil fédéral, sur proposition du Conseil de fondation
Conseil de fondation : membre ex officio (pas d'élection)	SEFRI
Conseil de la recherche : membres	Conseil de fondation sur proposition de la commission électorale du Conseil de la recherche, laquelle est instituée par le Conseil de fondation
Conseil de la recherche : présidente/président	Conseil de fondation sur proposition de la commission de nomination pour la présidente ou le président du Conseil de la recherche, laquelle est instituée par le Conseil de fondation
Conseil de la recherche : Comité du Conseil de la recherche	Conseil de fondation sur proposition du Comité du Conseil de la recherche, droit de proposition de la présidente ou du président (consultation du Conseil de la recherche)
Assemblée des délégué·es : membres	Les hautes écoles et organisations délèguent ; l'Assemblée des délégué·es élit d'autres représentant·es de groupes d'intérêts
Assemblée des délégué·es : présidente/président	Assemblée des délégué·es
Comité de direction : membres	Directrice ou directeur sous réserve de l'approbation du Conseil de fondation
Comité de direction : directrice/directeur	Conseil de fondation sur proposition de la commission de nomination pour la directrice ou le directeur, laquelle est instituée par le Conseil de fondation. La présidente ou le président du Conseil de la recherche participe à l'élection
Organe de révision	Nomination par le Conseil de fondation

Standards Swiss Foundation Code (SFC)³

Des standards de qualité sont développés depuis plus de 15 ans à l'intention des fondations donatrices par l'organisation faîtière « Swiss Foundations », et mis en œuvre par les fondations domiciliées en Suisse. Les statuts du FNS tiennent compte des évolutions les plus récentes intervenues dans ce domaine. Ils respectent notamment les quatre principes énoncés par Swiss Foundations. Efficacité, checks and balances, transparence et responsabilité sociétale constituent ainsi selon le SFC les fondements d'une gouvernance moderne. En ce qui concerne le FNS, plusieurs éléments peuvent être mis en exergue dans ce contexte. Qu'il s'agisse du préambule nouvellement proposé, qui définit concrètement les principaux axes de l'action de la fondation, ou de la claire délimitation des organes et la répartition précise des tâches qui en découle. En se dotant d'une base légale allégée, dont l'exhaustivité n'en demeure pas moins à la hauteur de la mission qui lui incombe, le FNS s'assure d'utiliser les fonds publics qui lui sont confiés avec efficacité et efficacité en vue de réaliser le but qu'il s'est fixé en tant que fondation – ainsi que l'exigent les principes d'une gouvernance orientée vers l'avenir.

Commentaires sur les dispositions préliminaires

Valeurs et principes fondamentaux du FNS – préambule

Comme cela était jusqu'à présent le cas, les principes et valeurs du FNS continuent d'être ancrés dans les statuts en tant que fil conducteur. Un préambule rappelant la valeur de la recherche et les motifs centraux de l'activité du FNS en précède désormais l'énoncé. Les principes inscrits dans les statuts reprennent certaines des directives émises par la Confédération vis-à-vis des organisations chargées de l'exécution d'un mandat fédéral. Diversité, égalité des chances, représentation appropriée des sexes reflètent ainsi ces orientations, à côté d'autres composantes fondamentales par lesquelles le FNS s'engage à respecter des procédures transparentes et équitables ou à contribuer au développement durable de la société. Le préambule fixe par ailleurs les valeurs du FNS en tant qu'organisation dédiée à la science qui entend promouvoir le bien commun et apporter ce faisant une contribution importante à la société.

Création de la fondation

L'Acte de fondation ayant été abrogé (voir les remarques mentionnées plus haut en introduction), un paragraphe sur la création de la fondation en 1952 a été ajouté en introduction du texte des statuts.

Commentaires relatifs aux différentes dispositions

Section I – But et principes

Article 1 But

Nouveau titre (but au lieu d'objectif).

L'ancien alinéa 3 (statuts 2007) est désormais ancré dans les principes, cf. art. 2, al. 2.

³ Swiss Foundation Code (SFC), Principes et recommandations pour la constitution et la conduite des fondations donatrices, édition 2021 : <https://www.swissfoundations.ch/wp-content/uploads/2021/06/9783727277948.pdf>

Alinéa 1 : le but d'encouragement « recherche en Suisse » est exprimé à travers les termes « Fonds national suisse ». Le FNS encourage la recherche de haut niveau en relation avec la Suisse, sachant que la recherche est également susceptible d'être en partie menée à l'étranger dans le cadre d'instruments spécifiques.

Alinéa 2 : compétitivité et mise en réseau correspondent aux formulations précédentes. Complément apporté : « Il renforce la place scientifique suisse ».

L'alinéa 3 est formulé au sens de l'art. 6, al. 2, let. b et de l'art. 6, al. 3, let. a, LERI. L'égalité des chances est par suite explicitement mentionnée, bien qu'elle soit aujourd'hui considérée comme faisant partie intégrante d'une société durable.

Article 2 Principes

L'alinéa 1 décrit l'orientation des activités du FNS sur lesquelles se fonde son portefeuille d'encouragement. Les phrases 2 et 3 correspondaient anciennement au contenu de l'art. 2, al 1.

L'alinéa 2 correspond au précédent art. 1, al. 3 ; voir aussi art. 9, al. 4 et art. 10, al. 3, let. b, LERI.

L'alinéa 3 correspond au précédent art. 2, al. 2, première phrase des statuts de 2007 du FNS. Les principes s'appliquant à la procédure d'encouragement ont nouvellement été ajoutés : transparence et équité.

Le contenu de l'alinéa 4 correspond à celui du précédent art. 2, al 2 des statuts 2007 du FNS. Cette disposition se base sur l'art. 9, al. 2, LERI.

Comme précédemment, l'alinéa 5 clarifie le fait que les subventions fédérales ne peuvent être utilisées par le FNS pour d'autres organisations. Dans le cadre de ses activités de mise en réseau, il est néanmoins autorisé à verser des cotisations à d'autres organisations. Son adhésion doit soutenir la réalisation de l'objectif de la fondation. Ces dispositions n'ont pas été modifiées (anciennement art. 2, al 3 des statuts 2007 du FNS).

L'alinéa 6 constitue un principe important pour le FNS, qui est formulé sur le modèle de la loi fédérale sur l'encouragement de la culture (RS 442.1) concernant la fondation Pro Helvetia.

Section II – Organisation

Article 3 Organes

Le FNS dispose désormais de cinq organes au lieu de six.

Le Comité du Conseil de fondation ainsi que les commissions de recherche ont été supprimés.

L'Assemblée des délégué-es des parties prenantes est désormais établie en tant qu'organe autonome. La double structure que forment les organes du Conseil de fondation et du Conseil de la recherche est conservée par le FNS en sa qualité d'« organisation de la science pour la science ».

La complexité et l'étendue de ses activités d'encouragement exigent une haute légitimation des décisions d'encouragement au sein de la communauté scientifique. Pour des raisons de gouvernance, il est par conséquent nécessaire que le FNS dispose d'un organe spécialisé, autonome et hautement qualifié (Conseil de la recherche) qui soit responsable de l'évaluation scientifique et de la stratégie d'encouragement.

Article 4 Principes généraux pour les organes

Remarques préliminaires sur les organes

À l'exception de celles concernant l'Organe de révision, les dispositions relatives aux organes respectent dans leur présentation la systématique suivante :

- composition, nomination, durée de mandat,
- attributions,
- fonctionnement.

Les principes valables pour tous les organes sont fixés dans un nouvel article de synthèse.

L'alinéa 1 énumère des principes qui correspondent aux principes de bonne gouvernance d'une fondation. Le respect de la diversité des sexes lors de la composition des organes est inclus dans le terme « diversité ». Les compétences nécessaires à l'exercice de la fonction dont il est question constituent la condition de base pour être membre d'un organe du FNS.

Alinéa 2 : l'obligation de se récuser en cas de conflits d'intérêts correspond aux dispositions jusqu'alors en vigueur pour le Conseil de fondation et son comité (art. 13, al. 7, art. 17, al. 5 des statuts 2007 du FNS). Fixée dans les statuts par une disposition générale, cette obligation de récusation s'étend désormais à l'ensemble des organes.

Alinéa 3 : les membres des organes du FNS doivent satisfaire à de hautes exigences en matière de professionnalisme afin de pouvoir garantir en tout temps la qualité des activités de la fondation. Les compétences et la disponibilité exigées sont élevées. Ce principe implique une indemnisation adaptée des membres des organes. Le Conseil de fondation est chargé de déterminer le montant de ces indemnisations et veille, ce faisant, à ce que les fonds publics soient utilisés de manière proportionnée.

Alinéa 4 : les pratiques de bonne gouvernance se doivent également d'inclure une possibilité de révocation pour des motifs importants. Ce principe est par conséquent explicitement ancré dans les statuts (voir aussi la loi fédérale sur l'encouragement de la culture relativement à la révocation des membres du conseil de fondation de Pro Helvetia, art. 34, al. 3, LEC, RS 442.1). Sur la base de ce principe, les dispositions relatives aux organes que sont le Conseil de fondation, le Conseil de la recherche, l'Assemblée des délégués et le Comité de direction contiennent désormais un alinéa en ce sens. Si elle concerne des membres des organes qui entretiennent un rapport d'engagement avec le FNS, la révocation entraîne un licenciement.

Article 5 Conseil de fondation : composition, nomination, durée de mandat

Alinéa 1 : le Conseil de fondation se compose de la présidente ou du président, de 7 à 11 autres membres disposant du droit de vote et d'un membre ex officio désigné par le SEFRI. Les intérêts de la Confédération sont protégés dans la mesure où le Conseil fédéral élit la présidente ou le président du Conseil de fondation. Disposition nouvellement introduite : le Conseil de fondation soumettra désormais une proposition d'élection au Conseil fédéral. Conformément aux règles de bonne gouvernance, le membre ex officio désigné par le SEFRI pour le représenter ne disposera pas du droit de vote. La fourchette déterminée (7-11) autorise la souplesse. Idéalement, la taille de l'organe n'est pas trop importante, ce qui permet une haute capacité d'action et une répartition claire des obligations et responsabilités. Ce cadre de 7 à 11 membres est également optimal pour s'assurer que les compétences du Conseil de fondation soient couvertes avec agilité et exhaustivité.

Alinéa 2 : le Conseil de fondation élit sur proposition de la commission électorale du Conseil de fondation les 5 à 9 membres disposant du droit de vote conformément à l'al. 1, let. b. Le fait que la commission électorale se compose de membres du Conseil de fondation, du Conseil de la recherche, de l'Assemblée des délégué·es et d'au moins un·e spécialiste externe assure la légitimation nécessaire de membres du CF (y compris de l'élément externe). Il convient de veiller à ce que les organes soient représentés de manière relativement équitable, sachant que les membres du Conseil de fondation ne sauraient former une majorité au sein de la commission électorale et que la présidence doit être attribuée à un membre externe.

Les profils des membres du Conseil de fondation (al. 3 et 4) doivent être en lien avec le but de la fondation « encouragement de la recherche scientifique ». Cela signifie qu'ils doivent entretenir un rapport de proximité avec la science, connaître les conditions-cadres prévalant dans le domaine de la recherche scientifique en Suisse et disposer de compétences dans la gestion des fondations. Le Conseil de fondation se compose idéalement de personnes qui exercent des activités scientifiques ou proches de la science en lien avec le FNS et disposent parallèlement d'une expérience avérée dans les domaines des finances, du droit, de la gestion des fondations et de l'économie. Il convient que la composition du Conseil de fondation soit globalement équilibrée, l'accent étant mis sur les profils scientifiques. Au moins la moitié des membres doivent être des chercheuses et chercheurs qui effectuent, ou ont effectué, des recherches de haut niveau, et disposent d'excellentes connaissances du paysage de la recherche suisse. Conformément aux standards de diversité en vigueur quant à la représentation des sexes au sein des différents organes, un nombre minimal de femmes et d'hommes a été fixé. Cette disposition tient compte de la taille du Conseil de fondation et prévoit une certaine marge de manœuvre. Le fait que le nombre de membres s'inscrive désormais dans une fourchette de 7 à 11 explique l'abandon du quota de 40% par sexe qui était précédemment utilisé. Dans les organes de petite taille, un pourcentage de 40% pourrait ne pas offrir la flexibilité nécessaire, en particulier dans les constellations relevant du segment inférieur de la fourchette, raison pour laquelle un nombre minimal de trois femmes et de trois hommes a été retenu.

La désignation d'une vice-présidente ou d'un vice-président est obligatoire. Ce membre du Conseil de fondation se doit de bénéficier d'une expérience confirmée dans le domaine FRI. Cette disposition a pour objet de souligner la compétence scientifique de l'organe de direction du FNS. La présidence ou le président étant élu par le Conseil fédéral, il devrait s'agir comme jusqu'à présent d'une personne issue du monde politique et de la société. La désignation d'un·e scientifique à la vice-présidence vise à équilibrer la direction du Conseil de fondation (al. 5).

Enfin, l'alinéa 6 prévoit une durée de mandat individuelle de quatre ans, renouvelable une fois. Les dispositions qui prévoyaient que la durée de mandat du Conseil de fondation fasse l'objet d'élections générales ont été supprimées.

La possibilité que les membres soient révoqués pour motifs importants est désormais ancrée dans l'alinéa 7. Une telle décision exige l'adoption préalable d'une décision à la majorité qualifiée. Les motifs de révocation sont notamment :

- manquement grave à une obligation,
- conflit d'intérêts permanent,
- Inaptitude,
- entrave grave aux activités de la fondation (ou aussi inaction),
- comportement punissable (dans le cadre des activités de la fondation).

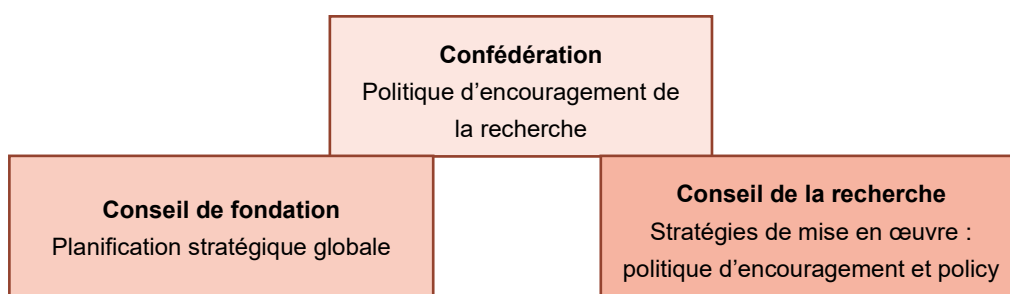
Une mesure spéciale s'applique à la révocation de la présidente ou du président et nécessite l'implication du Conseil fédéral qui est responsable de l'élection. Le Conseil de fondation peut soumettre une demande correspondante au Conseil fédéral.

Article 6 Conseil de fondation : attributions

Remarques préliminaires sur les tâches stratégiques :

Dans le domaine stratégique, il incombe au Conseil de fondation de prendre les décisions relatives à la planification pluriannuelle et à la convention de prestations conclue avec la Confédération.

L'ensemble des stratégies relatives à la mise en œuvre de ces décisions (plan d'action relatif à la planification pluriannuelle et au plan d'encouragement, instruments d'encouragement) sont du ressort de l'organe scientifique qu'est le Conseil de la recherche. Cette clarification des tâches entre les deux organes est explicitement ancrée dans les statuts. Il en résulte la répartition suivante :



Notions :

Politique d'encouragement de la recherche : la politique d'encouragement de la recherche relève de la Confédération. Elle fixe les conditions-cadres ainsi que le cadre financier à l'intérieur duquel le FNS, l'organe d'encouragement qu'elle a institué (cf. art. 10, al 1, LERI), doit encourager la recherche scientifique.

Planification stratégique globale : la stratégie est formulée dans des planifications et des objectifs globaux. Pour le FNS en tant qu'organisation, la planification globale s'effectue dans le cadre des programmes pluriannuels prescrits par la Confédération et de la convention de prestations qui est conclue entre la Confédération (SEFRI) et le FNS. Ces documents définissent des critères financiers et des objectifs de performance.

Politique d'encouragement : la politique d'encouragement du FNS (art. 9, al. 2, let. b, statuts) s'exprime à travers des offres d'encouragement, des décisions d'octroi de subsides et des évaluations des buts et des impacts.

Policy : le terme policy désigne l'orientation en matière d'encouragement de la recherche (art. 9, al. 2, let. b, statuts). Elle vise à fixer les conditions-cadres et les standards des stratégies de mises en œuvre. Ceux-ci sont axés sur la stratégie globale (planification) et la politique d'encouragement.

Les tâches attribuées au Conseil de fondation découlent des fonctions de direction qu'il assume en tant qu'organe suprême (al. 1, al. 2, let. a) ainsi que de l'exécution des tâches stratégiques globales de la fondation. La responsabilité ultime du respect du but de la fondation incombe au Conseil de fondation. Les tâches classiques relevant du budget, de la comptabilité et du rapport annuel sont

confiées au Conseil de fondation conformément au droit des fondations et aux normes applicables en la matière.

Alinéa 2 : en vue de réglementer clairement la répartition des tâches entre les organes, une liste détaillée a été dressée : direction/supervision, stratégie, élections, réglementation, contrôle relèvent ainsi du Conseil de fondation (jusqu'alors : Conseil de fondation et comité). Le rôle du Conseil de la recherche est parallèlement renforcé dans le domaine stratégique (voir plus haut en ce qui concerne les tâches stratégiques : le Conseil de la recherche est responsable de la politique d'encouragement et de l'orientation en matière d'encouragement de la recherche).

En ce qui concerne les différentes tâches du Conseil de fondation :

Les lettres a à c règlent la direction générale de la fondation, la supervision des organes ainsi que les compétences stratégiques globales susmentionnées concernant le Programme pluriannuel et la convention de prestations conclue avec la Confédération.

La lettre d attribue au Conseil de fondation la stratégie globale en matière de partenariats et de coopération. Il incombe au Conseil de la recherche (cf. art. 9, al. 2, let. p) d'établir des partenariats et des coopérations en lien avec des organisations et des thèmes scientifiques, en tenant compte de la stratégie globale du Conseil de fondation.

Lettres e et f : le Conseil de fondation et le Conseil de la recherche se concertent en ce qui concerne les affaires exigeant un positionnement du FNS (prises de position, consultations). Le même principe vaut pour les prises de position sur les évaluations du FNS réalisées par des tiers, par exemple l'évaluation récemment réalisée par le CSS (cf. pour le Conseil de la recherche : art. 9, al. 2, let. e et f). Ces responsabilités conjointes renforcent la collaboration des deux organes et exigent par ailleurs une coordination optimale. Les évaluations des activités d'encouragement (instruments et mesures) et la prise en charge de mandats d'évaluation pour des tiers relèvent de la responsabilité du Conseil de la recherche (art. 9, al. 2, let. f).

La lettre g règle les tâches en lien avec la direction financière et le contrôle de la comptabilité : le budget, les comptes annuels et le rapport annuel sont approuvés par le Conseil de fondation.

L'ensemble des tâches qui étaient auparavant réparties entre le Conseil de fondation et son Comité sont désormais attribuées au Conseil de fondation. Les dispositions ayant été adaptées concernent l'élection du Conseil de fondation et du Conseil de la recherche : pour le renouvellement de ces organes, le Conseil de fondation institue des commissions électorales (let. h et i). L'élection de la présidente ou du président du Conseil de la recherche relève toujours de la compétence du Conseil de fondation (let. j). La présidente ou le président du Conseil de la recherche dispose également toujours du droit de participer à l'élection de la directrice ou du directeur du Comité de direction du Secrétariat (let. l). Le Conseil de fondation élit les membres du Comité du Conseil de la recherche (let k), sur proposition du Conseil de la recherche. Le droit de proposition du Conseil de la recherche est exercé par le Comité du Conseil de la recherche conformément à l'art. 11, al. 1.

Les lettres m à o règlent les trois types de comités pouvant être institués par le Conseil de fondation. Lettre m : le Conseil de fondation doit instituer un comité pour les tâches explicitement mentionnées relevant de la conformité dans le domaine de l'assurance qualité et de la légalité de l'encouragement de la recherche ainsi qu'une révision interne, ce qui correspond à la solution actuellement mise en

œuvre. Lettre n : à des fins de soutien et d'accompagnement, le Conseil de fondation peut instituer un comité scientifique (advisory board) chargé – comme aujourd'hui – d'apporter une vision extérieure sur des questions stratégiques relatives aux activités d'encouragement du FNS. Le comité scientifique conseille le Conseil de fondation et le Conseil de la recherche. Lettre o : dans la mesure où le Conseil de fondation organise lui-même la manière dont il accomplit ses tâches, il peut faire appel pour ce faire à des comités du Conseil de fondation ou recourir à d'autres organes qui ne sont pas nécessairement exclusivement constitués de membres du Conseil de fondation. Il peut par exemple s'agir de groupes d'expert-es ou de groupes de travail formés en vue de gérer une tâche/question spécifique. Si les comités/organes désignés aux lettres m et n peuvent être institués pour une durée indéterminée, ceux désignés à la lettre o peuvent n'exercer leur activité que de manière temporaire en tant qu'organe ad hoc. La structure de ces comités ne peut être comparée à celle du précédent Comité du Conseil de fondation, lequel était ancré dans les statuts en tant qu'organe indépendant.

Lettre p : la majorité qualifiée de trois quarts des votant-es qui était requise pour modifier actes et statuts a été conservée. Au vu de la taille désormais réduite du Conseil de fondation, cette contrainte apparaît appropriée.

Les attributions du Conseil de fondation demeurent par ailleurs inchangées par rapport aux précédentes dispositions (let. q à w) : légiférer dans le domaine du règlement des subsides et du règlement overhead, approuver le règlement d'organisation du Conseil de la recherche et le règlement du personnel du Secrétariat, fixer l'indemnisation des organes et des expertes et experts externes, régler le droit de signature et de représentation des membres des organes statutaires, exercer ses compétences quant au capital de fondation et à la stratégie de placement et d'utilisation des libéralités privées. La compétence attribuée au Conseil de fondation de nommer l'organe de révision est réglée à la lettre x (cf. également art. 19). Le Conseil de fondation définit par ailleurs son organisation et ses compétences dans un règlement de fondation (let. y).

La possibilité de délégation concernant la prise en charge indépendante de certaines affaires demeure inchangée par rapport aux dispositions précédemment en vigueur (al. 3).

Article 7 Conseil de fondation : fonctionnement

Le rythme des séances est flexible et adapté en fonction des besoins du Conseil de fondation. Il se réunit au moins deux fois par an (al. 1).

Pour assurer la continuité du fonctionnement du Conseil de fondation, il est obligatoire de désigner une vice-présidente ou un vice-président afin de remplacer la présidente ou le président en cas d'empêchement. Il est explicitement spécifié qu'elle ou il doit bénéficier d'une expérience confirmée dans les domaines de la formation, de la recherche et de l'innovation. Cette disposition vise à renforcer les relations étroites que l'organe de direction du FNS entretient avec la science (cf. art. 5, al. 5).

Enfin, les modalités de la prise de décisions sont réglementées (al. 3).

Article 8 Conseil de la recherche : composition, nomination, durée de mandat

Le Conseil de la recherche se compose de 30 à 80 membres, dont la présidente ou le président du Conseil de la recherche, le Comité du Conseil de la recherche et les autres membres. La taille du Conseil de la recherche dépend des besoins liés à l'accomplissement des tâches qui lui incombent.

Pour pouvoir remplir ses attributions principales « évaluation scientifique » et « stratégie d'encouragement », garantir une large couverture de ses compétences et accorder aux aspects transdisciplinaires l'attention qu'ils exigent, le Conseil de la recherche ne doit pas être un organe de trop petite taille. La fourchette fixée de 30 à 80 membres (al. 1) permet à l'organisation du Conseil de la recherche d'offrir la flexibilité nécessaire. Aujourd'hui, le Conseil de la recherche intègre une centaine de membres et comptera assurément encore nettement plus d'une trentaine de sièges durant une phase de transition assez longue.

Alinéa 2 : pour l'élection de la présidente ou du président et des membres du Conseil de la recherche, le Conseil de fondation institue une commission de nomination ou une commission électorale qui sélectionne des personnes appropriées après consultation du Conseil de la recherche. L'élection en elle-même est du ressort du Conseil de fondation (al. 1, let. a).

La commission électorale du Conseil de la recherche soumet des propositions au Conseil de fondation pour l'élection des autres membres, conformément à l'al. 1, let. c. Elle se compose des organes que constituent le Conseil de fondation, le Conseil de la recherche et l'Assemblée des délégué·es et d'au moins un·e spécialiste externe. Il convient de veiller à ce que les organes soient représentés de manière équitable, sachant que les membres du Conseil de fondation ne sauraient former une majorité au sein de la commission électorale. Afin de s'assurer de la légitimation nécessaire au sein de la communauté scientifique, une importance particulière doit être accordée à l'élément externe et les membres internationaux doivent être représentés de manière adéquate (al. 3).

Alinéa 4 : la qualification scientifique, l'expérience et les connaissances spécifiques dans le domaine d'activité du Conseil de la recherche constituent les critères de sélection déterminant l'éligibilité de ses futurs membres. Il est en outre explicitement stipulé que les membres du Conseil de la recherche doivent représenter la diversité des domaines scientifiques et des cultures spécifiques et disposer de connaissances du système FRI suisse. Les jeunes scientifiques doivent également être représentés de manière adéquate. Ce dernier point s'avère particulièrement important dans la mesure où l'encouragement de la relève constitue l'une des principales missions du FNS. Enfin, le Conseil de la recherche doit également compter des membres qui disposent des compétences et de l'expérience nécessaires dans le domaine de la recherche orientée vers les applications, ou d'une expérience de la recherche et du monde professionnel. L'attribution de sièges au sein du Conseil de la recherche se doit de garantir une diversité appropriée des sexes. Le Conseil de la recherche fixe les règles correspondantes dans son règlement d'organisation.

Enfin, l'alinéa 5 définit la durée maximale du mandat des membres du Conseil de la recherche. Pour des raisons de continuité, elle est fixée à quatre ans avec une seule réélection possible.

Alinéa 6 : la disposition stipulant que les membres du Comité du Conseil de la recherche peuvent bénéficier d'un poste à temps plein ou à temps partiel correspond aux modalités jusqu'alors en vigueur en ce qui concerne les fonctions de la présidente ou du président.

L'alinéa 7 contient de nouvelles dispositions quant au droit de révocation pour des motifs importants dont dispose le Conseil de fondation vis-à-vis des membres du Conseil de la recherche (voir plus haut l'art. 5, al. 7 concernant la révocation des membres du Conseil de fondation). Une décision de révocation ne peut être prise à la légère et nécessite une majorité qualifiée de deux tiers des voix du

Conseil de fondation. Le Conseil de la recherche peut soumettre une demande de révocation au Conseil de fondation.

La possibilité offerte aux membres du Conseil de la recherche de solliciter des subsides auprès du FNS pendant leur mandat pose différentes difficultés dans la pratique actuelle. Du fait des éventuels conflits d'intérêts résultant de leur participation à la procédure de sélection concurrentielle du FNS, de nombreux membres du Conseil de la recherche doivent se récuser suite à la soumission de leurs propres requêtes de recherche, si bien qu'il en résulte des capacités d'évaluation insuffisantes. La question requiert une réglementation qui sera définie par le Conseil de fondation dans les dispositions d'exécution. À cette fin, celui-ci pourra examiner différentes mesures. Le modèle de compensation prévoyant l'octroi d'un forfait de recherche, qui n'est actuellement en vigueur que pour la présidente ou le président, pourrait par exemple être étendu à d'autres membres (al. 8).

Article 9 Conseil de la recherche : attributions

Les tâches de l'organe scientifique qu'est le Conseil de la recherche, dont l'exécution relève comme mentionné plus haut du Comité du Conseil de la recherche, correspondent en grande partie aux attributions précédemment dévolues au Conseil de la recherche et à sa présidence. Le renforcement des compétences du Conseil de la recherche en matière de stratégie d'encouragement et la répartition claire des tâches stratégiques entre le Conseil de la recherche et le Conseil de fondation constituent d'importantes nouvelles dispositions (voir plus haut art. 6).

Les tâches essentielles du FNS que constituent l'évaluation scientifique des requêtes et les décisions d'encouragement sont confiées au Conseil de la recherche (al. 2, let. a).

Le Programme pluriannuel et la convention de prestations convenue avec la Confédération relèvent des compétences décisionnelles du Conseil de fondation auquel le Conseil de la recherche soumet des propositions (let. b). Le Conseil de la recherche est responsable de la mise en œuvre stratégique de la politique d'encouragement, c'est-à-dire qu'il décide du plan d'encouragement et plan d'action (let. c et d).

Le Conseil de la recherche est responsable de la politique d'encouragement et de l'orientation en matière d'encouragement de la recherche (policy) et adopte les décisions correspondantes dans ces domaines (voir la définition des notions correspondantes dans les remarques préliminaires introduisant l'art. 6). La politique d'encouragement et l'orientation en matière d'encouragement de la recherche sont élaborées par le Conseil de la recherche dans le cadre de la planification stratégique globale. Le Conseil de la recherche dispose à cet égard d'un droit à proposition vis-à-vis du Conseil de fondation qui détient la compétence décisionnelle. Cela vaut pour le programme pluriannuel, la convention de prestations conclue avec la Confédération ainsi que pour les stratégies globales relatives aux partenariats et coopérations. Les décisions en la matière sont du ressort du Conseil de fondation (art. 6, al. 2, let. b, c et d).

Pour les affaires exigeant un positionnement du FNS (prises de position, consultations), le Conseil de la recherche et le Conseil de fondation décident conjointement (art. 9, al. 2, let. e et art. 6, al. 2, let. e). Ils prennent également conjointement position sur les évaluations du FNS réalisées par des tiers (comme en ce qui concerne l'évaluation récemment réalisée par CSS). Les décisions relatives à la prise en charge de mandats d'évaluation pour des tiers et à la réalisation d'évaluations des

instruments et mesures d'encouragement relèvent du Conseil de la recherche dans le cadre de la responsabilité qu'il assume quant à la politique d'encouragement du FNS (let. f).

Lettre g : pour autant que le FNS prenne des décisions en rapport avec l'exécution de programmes assurés sur mandat de la Confédération, celles-ci relèvent du Conseil de la recherche. Cette disposition concerne notamment les Programmes nationaux de recherche (PNR) et les Pôles de recherche nationaux (PRN).

Lettre h : en ce qui concerne ces dispositions, il est à noter que le Conseil de la recherche édicte déjà les dispositions d'exécution relatives au règlement des subsides, c'est-à-dire les règlements relatifs aux instruments d'encouragement et aux mises au concours (voir la formulation de l'art. 9, al. 3, LERI). Ce qui est nouveau c'est que la définition des instruments (compétence qui incombait jusqu'à présent au Comité du Conseil de fondation) relèvera désormais de l'organe scientifique. Dans la pratique, l'introduction de nouvelles offres d'encouragement est généralement prédéfinie dans le programme pluriannuel correspondant. Le Conseil de fondation, l'Assemblée des délégués et la Confédération participent donc aussi à ces décisions.

Lettre i : l'attribution des fonds est de la compétence du Conseil de la recherche. Il accomplit cette tâche dans le cadre du plan d'encouragement approuvé par le SEFRI et de convention de prestations conclue avec la Confédération.

Lettre j : les décisions relatives aux principes de l'assurance qualité et à la valorisation de l'encouragement de la recherche font toujours partie des attributions du Conseil de la recherche, sachant que le Comité de direction est chargé de leur mise en œuvre sur le plan opérationnel. Le Conseil de la recherche définit les principales orientations en matière d'encouragement de la recherche et édicte les dispositions correspondantes auxquelles les chercheuses et chercheurs encouragés doivent satisfaire. Le libre accès aux publications, les données ouvertes, le respect de la Déclaration de San Francisco (DORA) constituent des exemples de telles orientations relevant de la compétence du Conseil de la recherche.

Lettre k : la structure des comités d'évaluation (panels) déjà établie dans la pratique est ancrée explicitement dans les statuts. La tâche du Conseil de la recherche consiste ici de plus en plus souvent à sélectionner les membres des panels et à superviser leur travail. Les détails correspondants sont réglés par le Conseil de la recherche dans son règlement d'organisation. Il peut déléguer des droits décisionnels aux panels ou aux comités institués par ses soins, naturellement dans le respect des obligations de supervision et de contrôle de qualité qui lui incombent (let. l).

Lettre m : le règlement des subsides et le règlement overhead sont élaborés par le Conseil de la recherche. Ces deux règlements sont fondamentaux pour l'accomplissement de la tâche de droit public que constitue l'encouragement de la recherche et sont soumis à l'approbation du Conseil fédéral (art. 9, al. 3, LERI), raison pour laquelle ils sont adoptés par le Conseil de fondation sur proposition du Conseil de la recherche.

Le Conseil de la recherche est dans l'obligation de soumettre un rapport périodique sur ses activités au Conseil de fondation qui en exerce la surveillance (let. n). Eu égard à une claire répartition des tâches, les activités de communication et de représentation en ce qui concerne la politique en matière de recherche (politique et directives d'encouragement) sont explicitement attribuées au

Conseil de la recherche (let. o ; à propos de l'accomplissement de cette tâche par le Comité du Conseil de la recherche, voir les explications relatives à l'art. 11), auxquelles sa composition (expert·es scientifiques) le prédestine. Cette clarification des tâches fournit une solution appropriée. En s'appuyant sur sa fonction de direction, le Conseil de fondation communique sur les sujets d'ordre général concernant la fondation. Selon les thèmes, il est également envisageable que les deux conseils doivent se concerter. Les dispositions de la lettre n prévoient que le Conseil de la recherche est responsable de tous les aspects et questions scientifiques (voir aussi let. p ci-après).

Lettre p : le Conseil de la recherche et le Conseil de fondation se concertent également en ce qui concerne les partenariats et les coopérations. Il incombe au Conseil de la recherche en sa qualité d'organe scientifique d'établir ou de poursuivre de tels partenariats ou coopérations en tenant compte de la stratégie globale du Conseil de fondation en matière d'encouragement de la recherche. En pratique, le Conseil de la recherche continuera à travailler en étroite collaboration avec le Secrétariat et à lui déléguer les tâches que le système de milice du Conseil de la recherche ne lui permet pas d'accomplir. Les membres du Comité de direction ou du Secrétariat assument d'ores et déjà des tâches/fonctions dans le cadre de différents partenariats et de coopérations.

Lettre q : comme cela était déjà précédemment le cas, le Conseil de la recherche règle les détails de son organisation, les compétences et la prise de décision dans son propre règlement d'organisation. Les dispositions voulant que ce règlement soit approuvé par le Conseil de fondation demeurent également inchangées.

Article 10 Comité du Conseil de la recherche : composition, nomination, durée de mandat

La direction du Conseil de la recherche est confiée au Comité du Conseil de la recherche. Cet organe de direction se compose de la présidente ou du président, de quatre à cinq autres membres du Conseil de la recherche et de la directrice ou du directeur du Comité de direction, en tant que membre consultatif sans droit de vote. L'exercice de la vice-présidence est assuré par deux membres du Comité du Conseil de la recherche. Le fait qu'ils soient au nombre de deux permet d'alléger la charge administrative pesant sur la présidente ou le président et autorise une plus grande flexibilité dans l'exercice des nombreuses tâches de direction.

Alinéa 2 : la légitimation du Comité du Conseil de la recherche revêt une grande importance vis-à-vis de l'ensemble du Conseil de la recherche. Des candidatures émanant de son sein s'imposeront souvent dans la mesure où l'on peut partir du principe que ses membres disposent de l'expérience nécessaire et présentent un profil approprié qui leur assurera la reconnaissance de leurs pairs. Le Conseil de la recherche doit par ailleurs obligatoirement être consulté avant que les propositions correspondantes soient soumises au Conseil de fondation. La présidente ou le président joue un rôle prépondérant dans la fonction de direction de cet organe. Elle ou il doit par conséquent être en mesure d'influer plus fortement sur sa composition et d'éviter dans la mesure du possible les erreurs de nomination. En d'autres termes : elle ou il doit pouvoir soutenir la proposition relative à l'élection du Comité du Conseil de la recherche soumise au Conseil de fondation. Le Comité du Conseil de la recherche tiendra compte de ce fait dans les propositions qu'il soumettra. Les éventuelles suggestions divergentes de la présidente ou du président doivent être indiquées. L'accord de la présidente ou du président est requis quant au choix des vice-présidentes ou vice-présidents.

Alinéa 3 : les dispositions relatives à la durée du mandat des membres du Comité sont les mêmes que celles s'appliquant à la présidente ou au président du Conseil de la recherche.

Alinéa 4 : la possibilité existe que quelques membres du Conseil de la recherche bénéficient d'un engagement en sus de la présidente ou du président (art. 8, al. 6). Les exigences complexes inhérentes à la conduite professionnelle du Conseil de la recherche peuvent inciter à adopter une telle solution dans la mesure où les larges fonctions de direction ne peuvent être assumées dans le cadre d'un pur système de milice. Si le Conseil de la recherche recourt à cette possibilité, les solutions correspondantes doivent être approuvées par le Conseil de fondation en vertu de la compétence d'approbation dont il dispose en ce qui concerne le règlement d'organisation.

Article 11 Comité du Conseil de la recherche : attributions

Dans l'alinéa 1, le Comité du Conseil de la recherche est chargé d'assumer les tâches confiées au Conseil de la recherche, ce qui correspond au concept de réglementation jusqu'alors en vigueur (art. 21, al. 3, statuts 2007 du FNS). Le Comité du Conseil de la recherche organise le Conseil de la recherche et décide de la répartition des tâches au sein de cet organe (al. 2). Il assure une coopération optimale avec les autres organes et il est l'interlocuteur principal de l'Assemblée des délégué·es (al. 3). Il s'efforce d'apporter des réponses consensuelles aux questions centrales de la politique d'encouragement, notamment en ce qui concerne l'élaboration du portefeuille d'encouragement du FNS (al. 4). Ces dispositions statutaires traduisent bien l'engagement fondamental du FNS qui œuvre « by science for science ». Enfin, l'alinéa 5 stipule que la représentation vis-à-vis de l'extérieur lui incombe dans son domaine de compétence, à savoir les questions liées à l'encouragement ou les thèmes scientifiques pertinents. La présidente ou le président du Conseil de la recherche représente le « visage du FNS » vis-à-vis de l'extérieur eu égard à ses activités essentielles.

Article 12 Conseil de la recherche et Comité du Conseil de la recherche : fonctionnement

Le nombre de séances régulières est adapté avec flexibilité en fonction des affaires traitées par le Conseil de la recherche et demeure ouvert (al. 1).

La suppléance de la présidente ou du président est assurée par l'un·e ou l'autre des deux vice-présidentes ou vice-présidents (al. 2).

L'alinéa 3 contient des dispositions relatives au quorum.

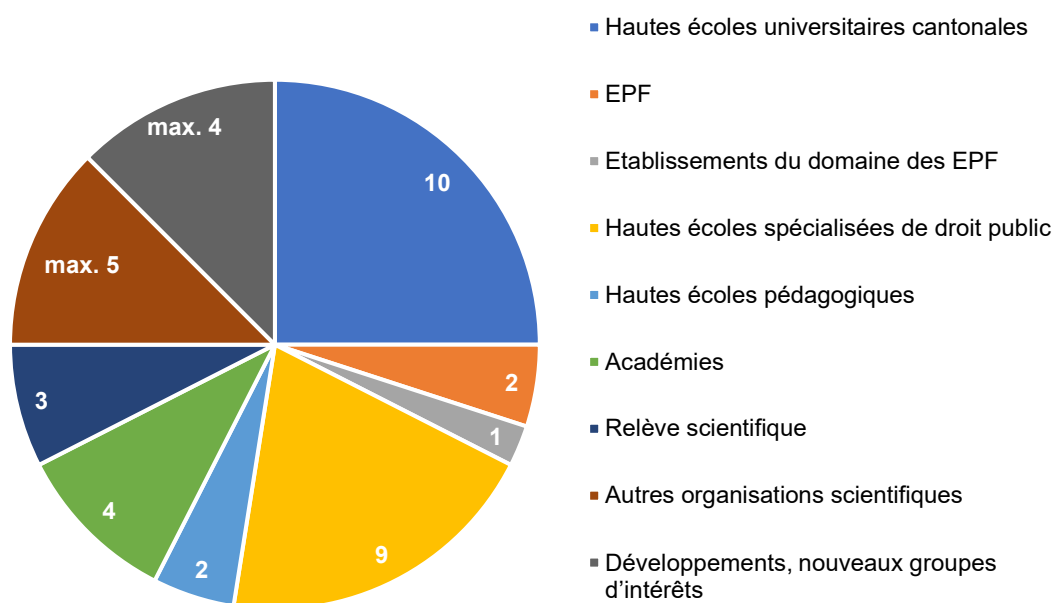
Article 13 Assemblée des délégué·es : composition, nomination, durée de mandat

Les statuts fixent le nombre maximal de membres ainsi que le cercle des organisations représentées au sein du nouvel organe que constitue l'Assemblée des délégué·es (al. 1 et 2). La composition de l'Assemblée des délégué·es correspond globalement à celle de l'ancien Conseil de fondation, à l'exception des représentantes et représentants de l'économie et de la politique dans la mesure où la Confédération n'est pas partie prenante au regard du FNS. Il s'ensuit une nécessaire clarification des rôles. Le fait que les parties prenantes disposent de leur propre organe permet de résoudre les conflits de rôle actuellement observés au Conseil de fondation et qui pourraient amener les intérêts du FNS à interférer avec ceux des institutions que ses membres représentent. L'Assemblée des délégué·es permet aux parties prenantes de participer de manière ciblée en apportant le savoir-faire et la culture des groupes qui y siègent, cette contribution étant explicitement souhaitée. L'attribution des sièges s'effectue selon un système de délégation (al. 3) ou au moyen d'élections (al. 4) pour les organisations relevant de la catégorie des associations de la relève scientifique et de celle des autres organisations scientifiques (al. 2, let. g et h). La catégorie définie à l'al. 2, let. h comprend les établissements de recherche à but non lucratif situés en dehors du domaine des hautes écoles. Des

organisations autres que les institutions accréditées de droit public du domaine des EPF ou les établissements de recherche d'importance nationale soutenus par la Confédération peuvent ainsi être représentées à l'Assemblée des délégué-es dans cette catégorie. Les cinq sièges correspondants ne peuvent pas être pourvus par des représentantes ou représentants d'institutions disposant d'un nombre de sièges garanti (let. a-g).

Un nombre de sièges fixe au sein de l'Assemblée des délégué-es est garanti aux principales parties prenantes du FNS (al. 2, let. a-f). Ces organisations scientifiques délèguent directement leurs représentantes et représentants (al. 3). L'Assemblée des délégué-es se compose comme suit :

Assemblée des délégué-es : 40 membres au maximum



La réserve de sièges prévue (al. 6) assure la flexibilité nécessaire en termes de composition. Le Conseil de fondation peut prendre en considération d'éventuels développements et autoriser la représentation de nouveaux groupes d'intérêts. Quatre sièges supplémentaires permettent ainsi de faire face aux évolutions qui pourraient intervenir dans le domaine des hautes écoles.

La logique de représentation ou de délégation en vigueur pour l'Assemblée des délégué-es fait qu'un nombre plus important d'institutions participe à la sélection des membres de cet organe et que celles-ci choisissent leurs représentants et représentantes indépendamment les unes des autres. Un quota de genre restreindrait cette indépendance, raison pour laquelle aucun n'a été instauré. En ce qui concerne les membres élus directement par l'Assemblée des délégué-es, une diversité adéquate des sexes est à respecter sans qu'un quota précis ait néanmoins été fixé (al. 5).

Les dispositions contenues dans les alinéas 7 à 9 dotent l'Assemblée des délégué-es d'une structure de direction qui forme un bureau suivant le modèle parlementaire. Elles fixent la durée des mandats correspondants à quatre ans avec une seule réélection possible, et établissent les mêmes possibilités de révocation que celles en vigueur pour les autres organes. Il apparaît pertinent d'étendre la compétence de révocation du Conseil de fondation à un organe répondant à une logique de représentation dans la mesure où il incombe au Conseil de fondation de superviser tous

les organes, y compris l'Assemblée des délégué·es. En vertu de ce droit de supervision, le Conseil de fondation a la possibilité de révoquer des membres de l'Assemblée des délégué·es, laquelle dispose de son côté du droit de soumettre une telle demande. La révocation de membres des organes constitue une mesure de dernier recours. Une gouvernance moderne exige qu'elle soit ancrée dans les statuts pour chaque organe.

Article 14 Assemblée des délégué·es : attributions

L'Assemblée des délégué·es dispose de droits explicites et elle est conçue de manière à ce que les parties prenantes puissent effectivement exercer une influence. Le FNS renforce ainsi les parties prenantes et bénéficie en retour de contributions canalisées et transparentes qui s'avèrent précieuses pour l'élaboration d'une politique d'encouragement adaptée aux besoins de la communauté scientifique. La transparence prévalant tant pour les demandes que pour les contributions des parties prenantes sert tous les intérêts en présence : ceux des parties prenantes, qui sont informées des préoccupations rencontrées par leurs homologues et des points de vue qu'ils défendent, et ceux du FNS, qui peut recueillir ces informations de manière centralisée (al. 1 et 2).

L'alinéa 3 régit les droits et les possibilités de participation de l'Assemblée des délégué·es. Les lettres a et b concernent la planification pluriannuelle du FNS. L'Assemblée des délégué·es peut adopter des recommandations à ce sujet, et renvoyer en outre le Programme pluriannuel au Conseil de la recherche. Un tel renvoi doit être justifié par des motifs importants, notamment par des circonstances induisant une violation manifeste des principes de base, ou un manquement fondamental aux besoins essentiels des parties prenantes. Etant donné que les parties prenantes participent à la préparation du Programme pluriannuel, la probabilité est faible que de tels motifs se présentent. Le Conseil de la recherche soumet le programme pluriannuel aux délégué·es avant de présenter sa proposition au Conseil de fondation et peut, le cas échéant, en préparer une version remaniée avant de le transmettre au Conseil de fondation, afin de prendre en considération les avis émis par l'Assemblée des délégué·es.

La lettre c de l'alinéa 3 donne à l'Assemblée des délégué·es la possibilité de se prononcer sur les principales adaptations de l'offre d'encouragement du FNS. Cela comprend les nouveautés ou les réorientations importantes relatives aux instruments/offres d'encouragement existants. Le droit d'initiative (let. d) vise par ailleurs à générer des mesures et des idées de nature stratégique et susceptibles d'exercer un impact significatif sur les bénéficiaires de subsides du FNS. Ce droit à proposition constitue aussi un droit de participation fort pour l'Assemblée des délégué·es et permet l'implication active des parties prenantes. Leur participation aux commissions électorales et aux groupes de travail (let. e et f) ainsi que le droit à l'information dont elles disposent (let. g) complètent leurs attributions. Les délégué·es sont responsables de la circulation des informations vis-à-vis des organisations qu'elles ou ils représentent. Comme déjà explicité, celles-ci disposent en effet à travers cette représentation du droit de participer aux groupes de travail chargé d'établir le Programme pluriannuel, document de planification central qui fixe l'orientation stratégique fondamentale des activités d'encouragement poursuivies par le FNS.

Alinéa 5 : le Conseil de fondation règle les modalités d'exécution des tâches de l'Assemblée des délégué·es dans le règlement de fondation.

Article 15 Assemblée des délégué·es : fonctionnement

Le nombre de séances est adapté aux besoins de l'Assemblée des délégué·es, laquelle se réunit en règle générale deux fois par an, d'autres séances pouvant être convoquées si nécessaire. Des consultations écrites peuvent également être organisées en complément (al. 1).

Des dispositions règlent la désignation d'une vice-présidente ou d'un vice-président en vue de représenter la présidente ou le président en cas d'empêchement (al. 2).

Enfin, l'alinéa 3 régleme la prise de décisions.

Article 16 Comité de direction : nomination et composition

Comme cela était précédemment le cas du Secrétariat, le Comité de direction du FNS est un organe collégial. Seul un nombre minimal de membres est fixé dans les statuts, ce qui lui donne une plus grande flexibilité. Le Comité de direction se compose d'une directrice ou d'un directeur et d'au moins deux autres membres.

Alinéa 2 : la directrice ou le directeur est élu par le Conseil de fondation. Dans le cadre de la mise en œuvre des activités du FNS, il est essentiel que le Comité de direction et le Comité du Conseil de la recherche travaillent main dans la main, raison pour laquelle la présidente ou le président du Conseil de la recherche participe, comme cela était précédemment le cas, à l'élection de la directrice ou du directeur par le Conseil de fondation (art. 6, al. 2, let. I). La directrice ou le directeur fait partie du Comité du Conseil de la recherche au sein duquel elle ou il détient une voix consultative (al. 6).

Alinéa 4 : le Comité de direction dirige le Secrétariat en collaboration avec la directrice ou le directeur et sous son égide. La directrice ou le directeur est subordonné·e à la présidente ou au président du Conseil de fondation (al. 5).

Alinéa 7 : le droit de révocation du Conseil de fondation s'étend à tous les organes (à l'exception de l'organe de révision) et, par conséquent, aussi au Comité de direction. Etant donné que les membres du Comité de direction sont employés par le FNS, une révocation entraînerait la résiliation de leur contrat de travail.

Article 17 Comité de direction : attributions

Alinéa 1 : le Comité de direction a pour tâche de diriger le Secrétariat et d'assurer les activités administratives du FNS dont il est l'organe exécutif. Les tâches administratives comprennent toutes les tâches inhérentes à la gestion opérationnelle, dont la tenue et la présentation des comptes, ainsi que la réalisation de tous les actes administratifs incombant à la fondation au sens de l'alinéa 2.

Alinéa 2 : le Comité de direction est responsable des processus liés au cœur de la mission du FNS, c'est-à-dire l'encouragement de la recherche. En collaboration avec le personnel du Secrétariat, il assure l'ensemble de la gestion des activités d'encouragement de la fondation. La liste établie garantit la qualité et le bon fonctionnement de l'organisation et comprend toutes les tâches de direction incombant à une fondation.

Toutes les tâches en lien avec les activités d'encouragement du FNS sont explicitement mentionnées aux lettres a à f.

Les lettres g à l exposent les autres attributions du Comité de direction, auquel il incombe de manière générale de traiter les affaires qui lui sont déléguées par le Conseil de fondation et le Conseil de la recherche. Il assure par ailleurs les mesures de contrôle interne et de conformité. La gestion autonome des dons privés est également du ressort du Comité de direction. Le FNS affecte les tranches versées périodiquement par l'administration fédérale aux encouragements alloués. Les statuts stipulent que le Conseil de fondation adopte la stratégie de placement et d'utilisation des libéralités privées (art. 6, al. 2, let. w). Le Comité de direction agit dans le cadre ainsi défini.

La mise à disposition des ressources nécessaires du Secrétariat, tant en termes de personnel que d'infrastructure (siège du Secrétariat), est assurée par le Comité de direction, sachant que ce dernier est responsable de l'engagement et de la gestion du personnel. Enfin, le Comité de direction édicte les différents règlements relevant de son domaine de compétence.

Le Conseil de fondation supervise tous les organes (art. 6, al. 2, let. a) et, par suite, également le Comité de direction quant à l'accomplissement des tâches réglées dans le présent article.

Alinéa 3 : au sens de cette clause générale, il incombe au Comité de direction d'accomplir les tâches qui ne sont attribuées à aucun autre organe. Cette réglementation est analogue à celle s'appliquant à Pro Helvetia (art. 35, LEC).

Article 18 Comité de direction : fonctionnement

Les statuts énoncent les principes de gestion au respect desquels le Comité de direction doit veiller (al. 1). Les missions et stratégies de caractère supérieur correspondent ce faisant à la tâche de droit public que constitue l'encouragement de la recherche.

Alinéa 2 : formulé par analogie avec Pro Helvetia (art. 7, al. 1, Règlement d'organisation de la fondation) : le Secrétariat est organisé de manière à couvrir tous les domaines nécessaires.

Article 19 Organe de révision

Il appartient au Conseil de fondation de nommer l'organe de révision. Dans la pratique, ce mandat est aujourd'hui assumé par le Contrôle fédéral des finances.

Article 20 Finances

L'Acte de fondation du 26 avril 2002 devant être abrogé, les dispositions financières relatives au capital de fondation et à sa constitution qui y avaient été instituées sont désormais contenues dans l'alinéa 1.

Les obligations de la fondation vis-à-vis des contributions fédérales, de la formation des réserves prescrites dans la LERI et des décisions lui incombant en matière d'investissements sont définies dans les alinéas 2-4.

Section IV – Dispositions finales

Article 21 Abrogation du droit en vigueur

Les présents statuts entièrement révisés remplacent ceux jusqu'alors en vigueur. Par ailleurs, l'Acte de fondation est formellement abrogé (cf. les remarques introductives concernant la fusion de l'Acte de fondation et des statuts, à laquelle il a été procédé sur suggestion de l'Autorité fédérale de

surveillance des fondations). Le contenu de l'Acte de fondation est pour l'essentiel repris dans les statuts.

Article 22 Dispositions d'exécution

Les dispositions d'exécution nécessaires en vertu de ces nouveaux statuts doivent être établies dans un intervalle de 12 mois après leur entrée en vigueur. Ce délai de transition est nécessaire afin que les organes nouvellement constitués puissent adopter les décisions correspondantes.

Article 23 Dispositions transitoires relatives aux organes

Dans les dispositions finales, le Comité du Conseil de fondation en fonction est chargé d'élire le premier Conseil de fondation constitué en vertu des nouveaux statuts. Il doit ce faisant veiller à respecter une composition équilibrée couvrant un large champ de compétences. Il incombe au Comité du Conseil de fondation de rechercher des personnes au profil adapté qui soient suffisamment disponibles pour assumer ce mandat. Il convient de veiller à un certain renouvellement venu de l'extérieur. Pour des raisons de continuité, il est possible de réélire des membres du Conseil de fondation et de son comité, mais ceux-ci ne devront pas y avoir siégé plus de quatre ans au 31 décembre 2023, sachant que c'est la durée de leur mandat personnel qui sera prise en considération à cet égard.

Les dispositions transitoires relatives au Conseil de la recherche couvrent l'année de transition que constituera l'exercice 2024. Les membres du Conseil de la recherche qui n'auront pas atteint leur durée de mandat maximale au 31 décembre 2023 pourront rester en fonction en 2024. Lors de la première année placée sous le signe d'une nouvelle organisation, ils apporteront leur contribution active, étant ainsi garants d'une certaine continuité et assurant l'évaluation des requêtes durant cette période transitoire. En cas de besoin, leurs mandats pourront être prolongés sur l'exercice 2025, la transition pouvant nécessiter plus d'un an. Les dispositions transitoires garantissent par conséquent que l'exercice 2025 puisse être utilisé pour ce faire.

Durant la première année de son mandat, c'est-à-dire en 2024, le Conseil de fondation nouvellement constitué veillera à l'instauration de la nouvelle organisation, dont les principes devront être établis au 1^{er} janvier 2025. Il peut décider de règles exceptionnelles pour l'année 2025 dans la mesure où de telles dispositions pourraient s'avérer nécessaires pour garantir la continuité de l'activité d'encouragement du Conseil de la recherche.

Le nouvel organe que constitue l'Assemblée des délégué-es entrera en fonction courant 2024. La préparation et la mise en œuvre de sa constitution incombent au Conseil de fondation qui sera nouvellement élu au 1^{er} janvier 2024.

Article 24 Entrée en vigueur

Près de sept mois sépareront l'approbation des statuts par le Conseil fédéral et leur entrée en vigueur au 1^{er} janvier 2024. Cette fenêtre temporelle offrira l'occasion de mettre en place diverses mesures de transition. Afin que la nouvelle organisation statutaire prenne effet à cette date, il est impératif que le nouveau Conseil de fondation qui en a la responsabilité soit en mesure de prendre ses fonctions. Le Conseil de fondation devrait être élu au dernier trimestre 2023 pour qu'il soit en capacité d'agir au 1^{er} janvier 2024. Les dispositions transitoires relatives à l'élection du premier Conseil de fondation entreront donc en vigueur de manière anticipée (concomitamment à l'approbation des statuts par le Conseil fédéral).

Article 25 Publication

Les statuts sont publiés sous forme de renvoi dans le Recueil officiel du droit fédéral. Le FNS publiera par ailleurs les statuts et le présent commentaire sur son site Internet.

Ce commentaire a été adopté le 10 mai 2023 par le Conseil de fondation du FNS.